



DEUTSCHLAND
SOLIDARISCH
GESTALTEN

WAS DIE **AFD** BEHAUPTET
UND WIE WIR DARÜBER IN DER
GESELLSCHAFT
DISKUTIEREN KÖNNEN

Impressum:

Diese Broschüre wurde von der Gruppe “Deutschland solidarisch gestalten” verfasst. Ihr gehören wissenschaftlich, aktivistisch und künstlerisch arbeitende Personen an, die in Gedenkstätten, NGOs oder Bildungseinrichtungen arbeiten:

Max Arndt, Susan Arndt, Jakob Baumgartner, Robin Böker, Konrad Erben, Georg Hein, Ruth Hunstock, Thomas Hunstock, Numaira Khan, Marit Hanas, Matt Hannah, Mario Faust-Scalisi, Özge Kaya Manav, Puja Matta, Miriam Oke, Asya Pekyiğit, Peggy Piesche, Natalie Seibold, Kristin Skottki, Cihan Sinanoglu, Anja Spitzer, Olaf Struck, Eric Wrasse.

Kontakt: deutschlandsolidarischgestalten@mail.de

TABLE OF CONTENTS

I EINLEITUNG	06
1. Editorial	06
2. Miteinander Reden	07
3. Wer hat Angst vor Komplexitäten?	09
II POPULISMUS LÜGEN	10
1. Warum setzen rechtsextreme Parteien wie die AfD auf Hass und Populismus?	10
2. Ist es ok, jemandem Angst zu machen, nur um daraus einen egoistischen Nutzen zu ziehen?	11
3. "Ich möchte in einem ehrlichen Land Leben." – Wieso dann Politik mit Lügen machen?	12
4. Die AfD und soziale Medien	13
III URSPRÜNGE UND AKTUELLE BEDROHUNGEN DURCH RECHTSEXTREME POLITIK	16
1. Woher kommt eigentlich die Idee von "Rassen" - und was bedeutet dabei Entmenschlichung?	16
2. Wie wurde der völkische Rassismus im Kolonialismus aufgebaut und wie knüpfte der Nationalsozialismus daran an?	18
3. Ist das jetzt Vergangenheit?	19
4. Wie knüpfen rechtsextreme Politik und die AfD an den völkischen Rassismus zwischen dem Ende des 19. Jh. und dem Nationalsozialismus an?	21
5. Stellt sich die AfD nicht auch gegen den Nationalsozialismus?	23
6. Asyl und Asylrecht	23

IV KRIMINALISIERUNG UND UNGERECHTIGKEIT 26

V DER SEXISMUS DER AFD 30

1. Wen unterstützt die Familienpolitik der AfD? 30

VI DIE AFD ALS NEOLIBERALE & ANTI-SOZIALE PARTEI 32

1. Bildung. Möchten wir lieber nach Leistung aussieben oder ist es besser zu fördern? 32

2. Schule und Kindergärten. Wollen wir unsere Kinder disziplinieren, oder dass sie sich mit Lernfreude zu selbstbestimmten Menschen entwickeln? 33

3. Wirtschaft: Warum sollen wir wirtschaftlich schlechter leben als nötig? 34

4. Menschen wollen im Alter gut leben und die Bevölkerung wird durchschnittlich älter. Warum bieten rechtsextreme Parteien keine Lösungen dafür an, damit das ohne Probleme möglich ist? 35

5. Gesundheit, Sicherung im Alter und Ausbau der Infrastrukturen für Wohnen, Pflege, Verkehr, Bildung, Energieversorgung oder digitale Netze sind Menschen sehr wichtig. Warum sagen Rechtsextremist*innen so wenig Konkretes zu diesen wichtigen Themen? 36

6. Wohnpolitik. Wer profitiert wirklich? 37

7. Gesundheitspolitik: Marktorientierung statt Patientenschutz 37

8. Steuerpolitik: Entlastung für Wenige, Belastung für Viele 37

9. Die unsichtbaren Opfer neoliberaler Politik 38

VII AFD & OSTDEUTSCHLAND 39

1. Warum wird die AfD in Ostdeutschland mehr gewählt als dies in Westdeutschland der Fall ist? 39

2. Ist die AfD ein ostdeutscher Sonderweg? 40

3. Warum stärkt es die AfD, so zu tun, als sei die AfD eine ostdeutsche Partei 41

VIII AFD & DEMOKRATIE	42
1. Die AfD behauptet, dass sie angetreten sei, um das Establishment zu stürzen, um Demokratie wieder einzuführen. Ist das falsch?	42
2. Wie kann die AfD unsere Demokratie unterwandern?	43
IX AFD ALS RECHTSEXTREME PARTEI	45
1. Die AfD ist nicht rechts, sondern rechtsextrem; sie kann noch demokratisch gewählt werden, deswegen ist sie aber noch lange nicht demokratisch,	45
2. Die AfD will die Demokratie abschaffen und einen autokratischen Staat errichten	46
X ABER DIE VERGANGENHEIT WIRD SICH DOCH NIEMALS WIEDERHOLEN, ODER?	48
XI LITERATUR	50



I EINLEITUNG

1. Editorial

Die Broschüre setzt sich mit Äußerungen und Behauptungen der AfD auseinander und mit der Frage, was die Zielsetzungen der AfD für Deutschland bedeuten. Die Broschüre ist ein Angebot an alle, die sich kritisch mit der AfD auseinandersetzen und darüber mit anderen diskutieren wollen. Einerseits fühlen wir Behauptungen der AfD auf den Zahn, um zu zeigen, dass sie einer genaueren Prüfung nicht standhalten können. Andererseits arbeiten wir heraus, wofür die AfD tatsächlich steht - worauf sie abzielt, was ihre Forderungen für unser Land bedeuten würden.

Im Kern möchten wir (auch historisch) herleiten, dass die AfD einen autokratischen Staat mit einer juristisch verankerten Diskriminierungsagenda aufbauen will, der als rechtsextrem bzw. faschistisch zu bewerten ist. Die AfD vertritt eine Agenda, in der Sexismus und Rassismus das Herzstück bilden und die eine massive Gefahr für Deutschland darstellt. Dabei behalten wir im Blick, dass die AfD Teil des gesamteuropäischen Aufstiegs des Rechtsextremismus ist und dass dieser wiederum nur die Spitze des Eisberges eines dramatischen Rechtsrucks der so genannten "Mitte der Gesellschaft" ist. Rassismus und Sexismus sowie die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen haben eine jahrhundertlange Geschichte, die zu keinem Zeitpunkt überwunden wurde. Seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts haben Kämpfe gegen Diskriminierung erwirkt, dass Diskriminierung beim Namen genannt wird und Antidiskriminierungsmaßnahmen und -gesetzgebungen etabliert wurden. Die AfD macht keinen Hehl daraus, diese abschaffen zu wollen. Es geht der AfD also gar nicht darum, den Status zu erhalten. Der angebliche Konservatismus rechter politischer Kräfte rüttelt an diesen noch jungen Errungenschaften. Insgesamt gibt es einen Backlash, der weiße heteronormative Normsetzungen und Ausgrenzungsstrategien wieder laut und sichtbar macht. Die Gedanken und Argumente, die in diese Broschüre einfließen, fußen auf Erfahrungen und Expertisen von wissenschaftlich, aktivistisch und künstlerisch arbeitenden Personen verschiedener Altersgruppen, Berufe, Geschlechter. Schwarze Menschen, People of Color und weiße Personen haben an dem Projekt mitgewirkt. Wir arbeiten in Gedenkstätten, NGOs oder Bildungseinrichtungen.

Unser Name, "Deutschland solidarisch gestalten", fasst unsere Zielsetzung zusammen. Wir wollen Deutschland solidarisch gestalten und das heißt auch, Diskriminierung, dem Rechtsruck hierzulande und konkret der AfD Sand im Getriebe zu sein. Dafür werden Forschungen und Erfahrungen mobilisiert, in gegebener Überlagerung. Wir nehmen die Bedrohung ernst, die von der AfD für **BIJPoC**, also Schwarze Menschen, Indigene Menschen, Juden_Jüdinnen und People of Color, sowie queere Personen oder Menschen mit chronischen Erkrankungen oder Einschränkungen ausgeht. Dass die Würde des Menschen unantastbar ist, ist nichts, wofür die AfD steht. Für sie sind einige Menschenleben mehr wert als andere. Diese Broschüre möchte daher diskutieren, was es bedarf, um dieses bundesdeutsche Credo gesamtgesellschaftlich zu leben.



Faktenbasiert argumentieren zu können, ist eine wichtige Kompetenz. Zugleich bedarf es der Bereitschaft, überhaupt miteinander ins Gespräch kommen und einander zuhören zu wollen. Neben Wissen wird Empathie dabei eine Schlüsselposition einnehmen müssen. Wenn es uns gelingt, die Auswirkungen von Diskriminierung emotional und über fundierte Sachargumente zu erfassen, dann ist das eine wichtige Grundlage dafür, sich produktiv Diskriminierung und der AfD in den Weg stellen zu können. Daher wünschen wir uns eine Debattenkultur, die achtsam, wertschätzend und empathisch gestaltet wird.

2. Miteinander Reden

Jeder Mensch hat Interessen. Diese können von anderen geteilt, toleriert oder abgelehnt werden. Eine Gesellschaft muss dieses Spannungsfeld so gestalten, dass Konflikte angeschaut und gelöst werden. Aktuell fühlt es sich für viele so an, dass diese Konflikte so groß sind, dass sie im Streit ersticken und es kaum noch Lösungen gibt. Für einige ist es etwa wichtig, dass die Errungenschaften der Antidiskriminierungsarbeit und -gesetzgebung ernst genommen werden, weil sie sich davon eine Verbesserung der Lebenssituation von sich selbst und anderen erhoffen.

Andere regt genau dies auf und beschimpfen dies als Wokeness. Viele fühlen sich davon sogar in ihrer Lebenssituation beeinträchtigt. Auf der einen Seite wird geschlechtergerechte Sprache vielen zu einem wertgeschätzten sicheren Ort, und auf der anderen Seite empfinden andere genau dies als bedrohlich - was sogar schon zu Verboten führte. Am Ende des Tages aber geht eine Person, die in der Schule mit dem falschen Pronomen angesprochen wird ebenso unzufrieden nach Hause, wie ein Lehrer, der den Genderstern zwar verbietet, dafür aber das Vertrauen oder auch nur die Zugewandtheit seiner Schüler*innen einbüßt. Denn letztendlich kann er das Grummeln im Klassenraum, das seiner konservativen Haltung gilt, nicht ausblenden, und diese Erfahrung bewirkt, dass er sich für seine Durchführung des Unterrichts nicht ausreichend wertgeschätzt fühlt.

Vor diesem Hintergrund finden wir es sehr wichtig, sich folgenden Fragen aufrichtig zu stellen: In welcher Welt möchte ich leben? Was ist mir wichtig und warum - und was ärgert mich? Wie möchte ich über das sprechen, das mich ärgert? Was brauche ich, damit ich solche Gespräche führen kann? Was kann ich geben, um insgesamt zu einem guten Debattenklima und zur wechselseitigen Wertschätzung beizutragen?



Es sind Fragen wie diese, es sind Fragen dazu, wie wir in Deutschland leben wollen, die im Zentrum dieser Broschüre stehen. Dabei hat sie vor allem ein zentrales Ziel: Im Zentrum dieser Broschüre stehen Argumente, die Behauptungen der AfD widersprechen. Warum?

Die AfD dockt sich gerne an Themen an, über welche die Gesellschaft streitet. Mehr noch: Sie schürt diese - und zwar, um Konflikte und Probleme als unlösbar darzustellen und um dann zu behaupten, dass allein die AfD diese Probleme lösen könne. Doch die AfD muss sich die Frage gefallen lassen, ob "Migration" wirklich die Mutter aller Probleme ist oder auch, ob sie wirklich die Interessen ökonomisch diskriminierter Menschen oder der Ostdeutschen vertritt.

Für die Auseinandersetzung mit diesen Fragen bieten wir Argumente an. Diese sollen unproduktiven Streit verhindern und die Debattenkultur stärken. Der Mensch ist gut und er verdient Gutes. Dennoch verletzen Menschen einander - und meist ist das nicht mal so gewollt. Viele Verletzungen resultieren daraus, dass eigene Interessen kompromisslos verfolgt werden - also ohne die Bedürfnisse anderer, etwa nach Wertschätzung, Repräsentation oder Gesehen-Werden, angemessen zu berücksichtigen. Oder weil komplexe Zusammenhänge zu vereinfacht betrachtet werden. Deswegen setzen wir auf eine Debatte, die wertschätzend, ergebnisoffen und argumentbasiert geführt wird - und in der die Bereitschaft besteht, einander zu vertrauen und einander zuzuhören.

Mit verschiedenen Menschen ins Gespräch zu kommen, sich über Ideen, Werte und Perspektiven auszutauschen - davon lebt eine Demokratie. In solchen Situationen ist es allerdings bedeutsam, wie wir miteinander reden und umgehen. Jedes Gespräch bietet die Möglichkeit, das Gegenüber besser kennenzulernen, zu verstehen, was das Herz bewegt und welche Sorgen eine Person umhertreiben. Gespräche sind kein Wettbewerb um Rechthaberei vor einem Publikum, sondern eine Möglichkeit des zwischenmenschlichen Austauschs. Daher ist es wichtig, bei sich zu bleiben, nicht zu verallgemeinern und die Sorgen des Gegenübers zu detektieren und ernst zu nehmen. Konkrete Nachfragen zur individuellen Situation sind ein wichtiges Instrumentarium für kritische Selbstreflektion, d.h. in einem Gespräch sollten sich alle über ihren Lebensalltag austauschen können und falls verallgemeinert wird, sollten wir nicht verurteilen, sondern durch Nachfragen die Pauschalisierung in Frage stellen.

Beispiele:

A: *"Hallo, wie geht's dir heute und was bewegt dein Herz?"*

B: *"Man kann gar nicht mehr in die Stadt gehen, weil da alles zu viel kostet."*

A: *"Tut mir leid zu hören, hast du Geldsorgen?"*

B: *"Die ganzen Leute, die jetzt gekommen sind, sind einfach zu viel!"*

A, Verständnis zeigen für Frust: *"Ja, es ist alles sehr teuer geworden. Aber kannst du mir erklären, was das mit den Leuten zu tun hat, die hierhergekommen sind?"*

B: *"Keiner hat mehr Geld, Deutschland geht den Bach runter."*

A: *"Kannst du mir erklären, wie genau Deutschland den Bach runter geht?"*

B: *"Die Flüchtlinge nehmen uns die Wohnungen weg und ich muss zusehen, wie ich zum Ende des Monats durchkomme."*

A: *"Das stimmt, die Mietpreise sind tatsächlich gestiegen, während die Reallöhne gesunken sind. Dabei ist es auch spannend, sich die Frage zu stellen, wie es dazu gekommen ist."*

B: *"Wir haben sowieso keinen Einfluss darauf."*

A: *"Kann ich verstehen, ich fühle mich auch oft ohnmächtig. Etwa, wenn ich schon wieder Frau xx genannt wurde, obwohl ich gesagt habe, dass ich divers bin."*

ZUHÖREN

VERSTEHEN
WOLLEN

(VER)LERNEN

WERTSCHÄTZEND

GEMEINSAM
STATT
GEWALT

Immer, wenn wir etwas sagen, dann ändert sich was. Wer anderen zuhört, wird dadurch beeinflusst. Miteinander sprechen und zuhören, Lernen und Verlernen, Verstehen wollen und erklären wollen - dies alles sind Dinge, die Menschen leisten müssen, um Teil einer sich stetig wandelnden Gesellschaft zu bleiben. Und um die Welt, die uns umgibt, in ihren gegebenen Komplexitäten verstehen und gestalten zu können.

3. Wer hat Angst vor Komplexitäten?

Alle Prozesse und Zusammenhänge, die unsere Welt ausmachen, sind komplex. Ursachen und deren Auswirkungen sowie die vielschichtigen Eigenschaften einer Sache oder einer Situation erzeugen Komplexitäten. Um diese überblicken, schätzen und berechnen können, bedarf es spezifischer Kompetenzen. Im Alltag aber ist es eine Kompetenz, Komplexitäten vereinfacht wahrnehmen und benennen zu können. Ein Beispiel: Wir alle wissen, was ein Apfel ist. Nach der Farbe eines Apfels gefragt, würden die meisten wohl sagen: ein Apfel ist grün, gelb oder rot. Genau genommen aber hat jeder Apfel eine ganz eigene Farbgebung. Ein Apfel, der vorwiegend rot ist, kann auch kleine gelbe oder grüne Stellen haben. Dennoch würden wir uns an der Obsttheke nicht die Mühe machen, auf diese Feinheiten einzugehen. Wir würden nicht den grünen Apfel mit den zwei gelben und den drei roten Stellen bestellen. Wir würden einfach sagen: Ich hätte gern den "grünen" Apfel. Im Alltag und konkret etwa in der Sprache ist es oft extrem hilfreich, komplexe Zusammenhänge zu vereinfachen. Das ermöglicht es uns, Entscheidungen treffen und handeln zu können. Die meisten Menschen können konstruktiv mit diesen verschiedenen Ebenen umgehen. Sie können wissen, dass sie dies oder jenes können oder wissen müssen, und sie wissen, dass sie Felder haben, in denen ihnen solch ein Wissen oder Können fehlt. Dies unterscheiden zu können, ist sehr wichtig; und es führt dazu, akzeptieren zu können, dass das eigene Wohlbefinden davon abhängen kann, Ärzt*innen, Virolog*innen oder Klimaforscher*innen zu vertrauen - auch und obwohl mensch die gegebene Komplexität nicht selbst zu durchdringen vermag. Zum Gesamtbild gehört es dabei, dass Wissen über Komplexitäten nicht in Stein gemeißelt sind, sondern komplexen Aushandlungsprozessen unterworfen bleiben müssen.

Diese wichtigen Kompetenzen im Umgang mit komplexen Zusammenhängen und Prozessen werden von politischen Strategien und Rhetoriken des Populismus und Rechtsextremismus bewusst und gezielt außer Kraft gesetzt.

II POPULISMUS LÜGEN

1. Warum setzen rechtsextreme Parteien wie die AfD auf Hass und Populismus?

Rechtsextremismus verfolgt das Ziel, gegen das bestehende gesellschaftliche und politische System sowie staatliche Einrichtungen vorzugehen. Im Streit um politische Macht (und entsprechende Wahlstimmen) und um Anerkennung (Legitimität) für ihre Machtmittel zu erreichen, müssen rechtsextreme Parteien sich gegen bestehende demokratische Parteien durchsetzen. Dabei setzen sie auf Populismus als politischer Strategie, die die Gesellschaft verunsichert und zerrüttet.

In Populismus steckt der Gedanke, dass etwas so gesagt wird, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich gesehen und verstanden fühlt - und dass es so gesagt wird, dass es leicht verständlich anmutet. Genau genommen aber ist dies eine Manipulation, die gegebene Komplexitäten stark vereinfacht, massiv verdreht oder gezielt falsch einstuft. Randständige Probleme werden aufgeblasen. Themen, über die sich die Gesellschaft streitet, werden aufgegriffen, um sie als unlösbar darzustellen - nur um dann zu behaupten, dass rechtsextreme Parteien die einzigen seien, die Lösungen anzubieten hätten. Diese Lösungen sind aber weder bemüht noch geeignet, Probleme zu lösen oder die Lebenssituation der Menschen zu verbessern. Denn Probleme und Streit sind ja das eigentliche Elixier, aus denen rechtsextremer Populismus dadurch Kapital zu schlagen weiß, dass Unzufriedenheit, Empörung und Hass geschürt werden. Dadurch wird Teilung und Unsicherheit erzeugt. Das Bedürfnis nach Sicherheit wird missbraucht, um Angst zu schüren. Das schließt ein, Politiker*innen von Regierungsparteien, Intellektuelle oder Journalist*innen zu delegitimieren. Diese werden als "Establishment" dargestellt, welche den Interessen der "normalen" Bevölkerung zuwiderhandeln würden.



2. Ist es ok, jemandem Angst zu machen, nur um daraus einen egoistischen Nutzen zu ziehen?

Viele Menschen sehnen sich nach Sicherheit. Veränderung geht nicht per se mit Unsicherheit einher. Ganz im Gegenteil haben viele Veränderungen (etwa in der Auto-Technologie oder in der Gesetzgebung) das Leben immer sicherer gemacht. Dennoch erleben viele Menschen Veränderungen als Verunsicherung, die ihnen Angst macht. Denn Veränderung bedeutet immer auch, sich diesen anzupassen und neue Kompetenzen zu erlernen. Durch die digitale Revolution etwa haben sich viele Dinge im Alltag drastisch verändert - und es gibt Menschen, die dies verunsichert. Dass etwa Banken komplett auf Online Banking umstellen und keine Automaten mehr haben, um Kontoauszüge auszudrucken, kann Menschen älterer Jahrgänge belasten oder überfordern. Viele erleben solche oder andere Änderungen nicht nur als Verlust von Sicherheit, sondern auch als beängstigend. Angst vor der Zukunft und ökonomischer Unsicherheit kann Fragilitäten erzeugen, die sich falschen Hoffnungen öffnen.

Aus alledem weiß die AfD politisches Kapital zu schlagen. Sie behauptet, dass Veränderungen in der Gesellschaft die Sicherheit gefährden und behauptet entsprechend, dass die AfD das stoppen werde. Genau daraus leitet sie ab, "nur" konservativ (also den Ist-Zustand konservierend) zu sein. Doch das ist falsch. Denn die AfD will gar nicht alles so lassen, wie es ist. Tatsächlich will sie die Uhr zurückdrehen und ganz viel ändern. Keine Partei will den deutschen Staat und die deutsche Gesellschaft so grundsätzlich umkrempeln wie die AfD. Die AfD will einen autokratischen Staat errichten, politisch Andersdenkende verfolgen, Kreuze in Schulen aufhängen und Antidiskriminierungsgesetze oder -maßnahmen abschaffen. Umgekehrt aber will die AfD Angst vor jeglichem Wandel erzeugen.

Die AfD behauptet aber nicht nur, dass sie den Deutschen Sicherheit zurückgeben könne. Sie leitet davon die Behauptung ab, Ängste lindern zu können. Aber auch das ist nicht wahr. Denn die AfD nährt sich aus der Angst der Menschen und hat viel von jener Angst und Unsicherheit erst selbst hervorgebracht oder aufgebauscht. Genau genommen ist die AfD eine "Angstbewegung" (Biess, 2019, S. 143), weil sie Ängste systematisch schürt und zu diesem Zweck Bedrohungen inszeniert.

Eine wichtige Komponente ist dabei die Angst vor Ungerechtigkeit. Dabei geht es um die Angst, im Vergleich zu anderen schlechter abzuschneiden; wer erhält wie viel Wert - sei es ökonomischer oder anerkannter - für seine jeweilige Leistung in der Gesellschaft? (Eckert, 2020) Zwar kann Gerechtigkeit nicht nur meinen, dass ich möglichst viel (und mehr als andere) vom Kuchen abbekomme - sondern geht es auch darum, wieviel ich bereit bin, von dem Stück Kuchen, das ich besitze, an andere abzugeben. Doch wenn man sich vergessen oder vernachlässigt fühlt, ist es leicht, diese Angst in Wut umzuwandeln. Und genau dies versucht die AfD für sich selbst zu nutzen. Die Gefühle und das Politische sind nicht trennbar voneinander (Helfritsch, 2022).



Ganz konkret überträgt die AfD diese Angst vor Ungerechtigkeit auf Hetze gegen “Migranten” (als Begriff, der alle BIJPoC meint) als Bedrohung. Dies geschieht auf ganz verschiedenen Ebenen. Die AfD behauptet, dass Migration Wohlstand in Deutschland bedrohe und sogar dazu führe, dass Deutschland sich “abschaffe” (Sarrazin, 2010). BIJPoC werden also als Gefahr für den deutschen Volkskörper inszeniert, als jene, die weißen Deutschen Sozialleistungen und Arbeitsplätze wegnehmen würden - aber auch als Kriminelle. Insbesondere muslimische und Schwarze Männern werden als Messerstecher oder Vergewaltiger inszeniert. Am Ende läuft bei der AfD alles darauf hinaus, das Ende von Migration als Lösung für alles zu inszenieren - und zwar, obwohl das gar keine der real anstehenden Probleme löst. Aber ist es nun bedrohlicher, den Hitlergruß wieder zu erlauben oder das N-Wort zu verbieten? Wie sollte jemand wirklich “Sicherheit” daraus beziehen, dass Hitlergruß oder das N-Wort erlaubt sind? Und was genau verbessert das Verbot des Gendersterns? Werden dadurch Renten erhöht?

3. *“Ich möchte in einem ehrlichen Land Leben.”* – Wieso dann Politik mit Lügen machen?

Wer möchte nicht in einer ehrlichen Welt leben? Eine Welt, in der man darauf vertrauen kann, was das Gegenüber sagt, und, noch bedeutender, was Personen sagen, denen ich vertrauen möchte oder muss. Insbesondere Politiker*innen, die ja Interessen ihrer Wähler*innen oder, zumindest sofern sie in der Regierungsverantwortung sind, aller Menschen eines Landes vertreten müssen, sind in der Pflicht, faktenbasiert und wahrheitsgetreu zu argumentieren. Dass dies nicht der Fall sei, ist eine zentrale Behauptung der AfD, aus der sie dann auch ihre eigene moralische Überlegenheit und politische Legitimation zieht. Ein Beispiel dafür ist, dass die AfD einerseits von “parteipolitischer Monopolbildung” spricht, obwohl die aktuelle Regierung aus einer sehr komplizierten Koalition von drei Parteien besteht, andererseits aber selbst offen einen starken autokratischen Staat fordert (Bittner, 2024), was eine klare parteipolitische Monopolbildung wäre. Oder, ein anderes Beispiel: Die AfD spricht von “Lügenpresse” und fehlender Meinungsfreiheit, während sie selbst Zensur betreibt und beispielsweise Kommentare unter ihren Social Media Posts, die nicht in ihr Meinungsbild passen, schlicht löscht (Report Mainz). Das Paradoxe daran ist, dass die AfD das Vertrauen in die Politik unterwandert und damit zugleich die Glaubwürdigkeit ihrer eigenen Lügen erhöht (Bittner, 2024).

Genau genommen setzt die AfD ganz bewusst auf die Lüge als politischer Strategie. In vielen Interviews widersprechen sich AfD-Politiker*innen selbst innerhalb weniger Minuten. Alexander Wiesner, AfD Landtagsabgeordneter in Sachsen, behauptet etwa im Laufe eines 5-minütigen Interviews von Sachsen-Fernsehen sowohl, dass Frauen nicht weniger als Männer verdienen würden (Sachsen-Fernsehen, 2023, 1:00-1:04), als auch, dass es richtig sei, dass Frauen weniger verdienen als Männer (ebenda, 4:47-4:52). Tatsächlich lag der Gender Pay Gap 2022 in Sachsen noch bei 8 % (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2023).

Doch nicht nur diese Widersprüche zeichnen die AfD aus. Zudem ist es charakteristisch für die AfD, sich Zahlen, Statistiken und Fakten einfach auszudenken. So erfand Björn Höcke etwa in einem TV-Duell von Welt-TV am 11.04.2024 schlicht, dass 110 Milliarden EUR in die Entwicklungshilfe und Asylpolitik gesteckt werden. Tatsächlich betragen die Ausgaben für öffentliche Entwicklungsleistungen aber nur ca. 34 Milliarden EUR (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) und für Asylpolitik zwischen 17 und 27 Milliarden EUR (Bundeszentrale für politische Bildung, 2023; Statista, 2024a). Die Gesamtkosten liegen also tatsächlich nur bei etwa der Hälfte bis maximal Zweidrittel der von Höcke genannten Summe. Und um die Pläne der AfD, Deutschland aus dem Euro und der EU herauszureißen, zu rechtfertigen, log er flott vor sich hin, dass der Brexit eine wirtschaftliche Erfolgsstory sei. Tatsächlich rutschte Großbritannien durch die Folgen des Bruchs mit der EU von einer wirtschaftlichen Top-Position innerhalb der G7 Staaten hin zu einem der Schlusslichter (Stojanovic Tetlow). Thomas Hestermann (2019) arbeitete, um ein letztes Beispiel zu nennen, darauf hin, dass die AfD mit komplett falschen Zahlen arbeitet, wenn es um die Nationalität von Tatverdächtigen geht. Sie behauptet, dass 95% dieser "Ausländer" versus 5% Deutsche seien. Tatsächlich aber beläuft sich die Zahl von Tatverdächtigem mit deutschem Pass auf 65,5 Prozent.

Bislang deutet wenig darauf hin, dass sich AfD-Sympathisant*innen an diesen Lügen stören. Die AfD vertritt offensiv, dass es zum Erreichen der eigenen politischen Ziele legitim sei, zu lügen. Das scheint auch von den Sympathisant*innen der AfD so akzeptiert und auch geteilt zu werden.

4. Die AfD und soziale Medien

Von allen Parteien verzeichnet die AfD im Schnitt die meisten Interaktionen auf den führenden Social Media Plattformen (Hillje, 2024). Die überdurchschnittliche Reichweite der AfD lässt sich vor allem mit ihrer fehlenden Scheu vor emotionalen Botschaften und einer großen Investition in Social Media Kampagnen erklären. Doch wieso gerade Social Media?

Einerseits lassen sich Social Media Plattformen sehr gut dazu benutzen, vereinfachende und polarisierende Inhalte schnell an viele Menschen zu verbreiten. Weil ebensolche Beiträge im Schnitt länger angesehen werden als andere, werden sie vom Algorithmus bevorzugt.

Das bedeutet, sie werden öfter vorgeschlagen als andere Beiträge und generieren somit eine größere Reichweite. Ebenjene Algorithmen weiß die AfD für sich zu nutzen. Sie verpackt ihre meist populistischen Aussagen in aktuellen Trends folgenden und emotionalisierenden Videos und generiert somit enorme Aufrufzahlen, welche wiederum zu einer erhöhten Interaktionsrate und somit auch zu einer großen Reichweite führen.

Zusätzlich stellen Social Media Plattformen den perfekten Ort dar, um ein junges Publikum zu erreichen. Dies geschieht neben den polarisierenden Inhalten häufig auch unterschwellig. Durch vermeintlich harmlose Beiträge, wie Memes, Lifestyle- oder Fitnessvideos wird nicht selten verdeckt diskriminierendes oder populistisches Gedankengut vermittelt, wodurch die Zuschauer*innen Stück für Stück an rechtsextreme Ideen herangeführt werden. Oft spielen dabei nicht nur offizielle Accounts der AfD eine Rolle, sondern auch AfD-nahe Einzelpersonen, Gruppierungen oder Magazine. Dass diese Vorgehensweisen schon Erfolg verbuchen, scheint sich bereits bei den jüngeren Menschen zu zeigen.

Denn mit dem Ausbauen der TikTok-Aktivitäten der AfD stieg auch die Zahl der Erstwähler*innen, welche die AfD wählten. Diese stimmten beispielsweise in den bayerischen Landtagswahlen 2023 mit 16 % für die AfD (Statista, 2024c). Auch Schüler*innenvertretungen mehrerer Bundesländer warnen bereits vor immer mehr rechtsextremen Vorfällen an Schulen.

Die intensive Nutzung der Sozialen Medien beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Partei selbst. Auch ihre Sympathisant*innen nutzen dieses Tool, um rechte Parolen zu reproduzieren. Ein Blick in die Kommentare unter Tagesschau-Posts auf Instagram zeigt, wie sehr rechtsradikale und diskriminierende Aussagen hier dominieren. So z.B. die ersten Kommentare unter einem Reel zu Muslimfeindlichkeit vom 17.07.2024 (Tagesschau, 2024b):



Diese ersten sechs Kommentare stehen beispielhaft für eine Schar an rechtsradikalen Stimmen unter solchen Social Media Beiträgen. Solche Hasskommentare machen oft eine erschreckende Mehrheit aus. Doch die Überzahl der Kommentare spiegelt nicht die Gesellschaft wider. Laut einer Studie mit dem Institute for Strategic Dialogue, in der hunderte Diskussionen auf Facebook ausgewertet wurden, würden ca. die Hälfte der Hasskommentare von 5% der Accounts stammen. Die Akteur*innen hinter solchen Hassbotschaften betreiben zudem oft mehrere Accounts, durch die sie ihre Stimmen zusätzlich vervielfältigen können. Meist gehören sie gut organisierten Gruppierungen um die AfD und den "Identitären" an. Die bewusst koordinierten und polarisierten Debatten bekommen durch die Wirkweise der Algorithmen zusätzlich eine erhöhte Reichweite. So wird der Eindruck von der durchschnittlichen Meinung der Bevölkerung nach rechts verzerrt und kann im schlimmsten Fall zu einer falschen Gewichtung in der Reaktion von Politik und Medien führen (Eckert & Gensing, 2019).

Da Posts auf Sozialen Plattformen keine seriösen Quellenangaben voraussetzen, bieten sie einen idealen Rahmen, um Fake-News und Lügen zu verbreiten. Hinzu kommt, dass durch KI Informationen manipuliert werden können. So erstellte die AfD etwa für die Weihnachtszeit 2023 einen digitalen "Ampelkalender" mit 24 gefälschten Audiodateien, in denen sich beispielsweise Scholz, Lindner und Baerbock für die Wahl der AfD aussprechen.

Auch wenn diese Dateien im Kontext leicht als Fakes zu erkennen sind, sollte es doch Sorge bereiten, welche Tore solche Projekte öffnen. Deep Fakes können schon jetzt kaum von echtem Videomaterial unterschieden werden. Damit ließe sich also eine ganze Welt aus Lügen mit "Beweismaterial" in Form gefälschter Videos und Fotos untermauern. Die Schwellen dafür sinken mit zunehmendem technischen Fortschritt, Knowhow und Trainingsdaten immer weiter. Somit verschwimmen die Grenzen zwischen Realität und Lüge und es wird immer schwieriger, Aussagen einzuordnen (Bieß & Pawelek, 2020).



III URSPRÜNGE UND AKTUELLE BEDROHUNGEN DURCH RECHTSEXTREME POLITIK

1. Woher kommt eigentlich die Idee von "Rassen" - und was bedeutet dabei Entmenschlichung?

Das Zeitalter des Europäischen Kolonialismus dauerte vom ausgehenden 15. Jahrhundert bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Während dieser rund 500 Jahre umspannenden Zeit wurden durch Spanien, Portugal, England, Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Belgien, Schweden, Dänemark-Norwegen und auch die selbst aus der Kolonisierung hervorgegangenen USA weltweit unzählige Gesellschaften mit tiefgreifender Gewalt unterworfen. Dies diente sowohl technologischen als auch ökonomischen Veränderungen Europas sowie der Expansion europäischer Gesellschaften im Rahmen von Siedlungskolonialismus. Kolonialismus war eine politische Gewaltstruktur mit immensen globalen Auswirkungen auf die Wirtschaft.

Europa stahl anderen Ländern, deren Territorien und dortige Ressourcen. Zugleich zwang sie kolonisierte Menschen, für sich zu arbeiten. Das beflügelte die europäische Wirtschaft, während diese die kolonisierten Gesellschaften wirtschaftlich und demographisch ausblutete. Die dafür erforderliche horrende Gewalt wurde nicht unbedingt verschleiert, wohl aber legitimiert. Zu diesem Zweck wurden 'Menschenrassen' erfunden - und zwar, um zu behaupten, dass die 'weiße christliche Rasse' allen anderen überlegen sei und allein das vollwertige Menschsein verkörpere. Entsprechend wurde behauptet, dass die in den Amerikas oder in Afrika lebenden Menschen keine vollwertigen Menschen, sondern Teil der dortigen Natur seien. Als solche könnten sie ihr Land weder besitzen noch in einem europäischen Sinne kultivieren. Noch heute wird deshalb von "Entdeckungen" verschiedener Weltregionen gesprochen, obwohl diese doch bereits bevölkert waren: Weil man die Bevölkerung entmenschlichte und sich dadurch als erste Menschen an diesen Orten begreifen konnte. Tatsächlich aber wurden diese Räume systematisch durch Genozide entvölkert. In seiner ersten Phase - also von Kolumbus bis ins 18. Jahrhundert hinein - tarnte der europäische Kolonialismus seine Gewalt als göttliche Aufgabe, die kolonisierten Völker zu christianisieren.

In Anlehnung an seit der Antike tradierte Klimatheorien (die etwa behaupteten, dass zu viel Sonne die Haut wie Hirne verbrenne und austrockne) wurde die christliche Farbsymbolik in 'Hautfarben' übersetzt: Weiß ist gut, Schwarz das Gegenteil. An diese grundlegende Metaphorik wurden wiederum rassistische Behauptungen dazu angeknüpft, inwiefern die Bevölkerungen der Kolonien aus dem vermeintlich inferioren Status zu 'kultivierten' Christ*innen entwickelt werden könnten. Ab dem ausgehenden 16. und bis zum ausgehenden 19. Jahrhundert versklavte Europa rund 40 Millionen Menschen. Genaue Zahlen sind schwer zu ermitteln. Dies liegt zum einen daran, dass die gesamte Dokumentation fast ausschließlich aus Sicht der Kolonisor*innen erfolgte - und versklavte Menschen wie Waren verzeichnet (und daher etwa in Tonnen gewogen wurden). Viele überlebten diese unsagbar beschwerliche und grausame Deportation nicht; diejenigen, die es überlebten, wurden zu unentlohnter Arbeit gezwungen. Diese Entrechtung übertrug sich auf ihre Kinder und Kindeskinde.

Während sich die europäischen Gesellschaften auf die Französische Revolution zu bewegten und dabei die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu einem Leitbild für eine an der Demokratisierung orientierten Politik erhoben, wurden auch in Europas Philosophien der Aufklärung die Idee einer inneren und äußeren Befreiung von Menschen und Gesellschaften entwickelt. Dass dieselben Gesellschaften gleichzeitig auf zutiefst gewaltvolle Kolonialisierungen setzten, um den eigenen Reichtum zu sichern und zu erweitern, steht dazu nicht im Widerspruch. Denn tatsächlich ging es bei Brüderlichkeit um weiße christliche Männer und stand die Aufklärung mehrheitlich zu dem Prinzip, dass diese allen Frauen sowie allen Kolonisierten überlegen seien und daher auch mehr Rechte (etwa auf Freiheit) verdienten. Zwar gab es aus der Aufklärung heraus Kräfte, welche den Abolitionismus stärkten. Diesen gab es, seit Widerstand gegen die europäische Versklavung von Afrikaner*innen geleistet wurde - also, seit der erste Schwarze Mensch versklavt wurde. Gleichzeitig aber begrüßten viele Aufklärer*innen die Sklaverei und schrieb die Aufklärung 'Rassen'-theorien fort.

Die Diskrepanz zwischen den "universalistischen" Ansprüchen der Aufklärung und der Begrenzung ihrer Werte auf eine kleine Personengruppe wird besonders durch die Schriften Immanuel Kants deutlich. In Anlehnung an den englischen Philosophen David Hume und parallel zu Gottfried Wilhelm Leibniz und Christoph Meiners, führte er den Begriff 'Rasse' in den deutschsprachigen Kontext ein. Kant schreibt, dass Schwarze Menschen keine vollwertigen Menschen seien und daher etwa versklavt werden könnten (Arndt, 2021, S. 163-172). Georg Wilhelm Friedrich Hegel stimmt ihm zu, und zwar auch noch nach der erfolgreichen Freiheitsrevolution von Haiti (Arndt, 2021, S. 185-189).

Weil die Aufklärung für Säkularisierung stand, wurden christliche Erklärungsmuster durch pseudowissenschaftliche ersetzt. Symbole von göttlicher Weise wurden durch Ideen von Licht und Erleuchtung ersetzt. 'Hautfarbe' blieb dabei weiter ein wichtiger Anker, um die Idee von 'Rasse' zu visualisieren. Andererseits aber musste die Aufklärung darauf reagieren, dass die tradierten Klimatheorien und deren 'Hautfarben'-Modelle nicht mehr als Erklärungsmodell ausreichten. Denn Schwarze Menschen etwa lebten nun in nördlichen Gebieten, während Weiße in den kolonisierten Räumen lebten. Deswegen gingen die neuen 'Rassen'-theorien nunmehr dazu über, 'Rassen' auch und vor allem an anderen körperlichen Markern festzumachen - also etwa an Schädeln oder Skeletten. Die Kernaussage, dass die 'weiße Rasse' allen anderen 'Rassen' überlegen sei, wurde dabei auf die These zugespitzt, dass allein weiße Europäer*innen zu Rationalität und Fortschritt fähig seien. Aus dieser Behauptung heraus wurde auch das kolonialistische Narrativ neu justiert. Um koloniale Gräueltaten zu 'legitimieren', wurden diese als 'Zivilisationsarbeit' getarnt. Dies wurde dann als "Bürde des weißen Mannes" deklariert. Kolonialisierte Räume zu zivilisieren, sei der Grund, warum sich Europa in Territorien auf der ganzen Welt aufhalte - und weil die Menschen dort weder zivilisiert seien noch sich der Zivilisation öffnen wollten, so das rassistische Narrativ, müsse Europa Gewalt anwenden und die kolonisierten Menschen gegen den Willen der dort lebenden Menschen beherrschen.

Letztlich wurde Sklaverei in und von immer mehr Ländern verboten. Dies aber war nicht das Ende des Kolonialismus, sondern der Beginn seiner imperialen Phase. Eine diesbezügliche Klimax stellt die sogenannte Kongokonferenz oder Berliner Konferenz dar, welche 1884/85 von Reichskanzler Otto von Bismarck einberufen wurde. Italien, Österreich-Ungarn, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Spanien, Portugal, Russland, Belgien, Dänemark, Deutschland und Schweden-Norwegen sowie die USA und das Osmanische Reich fanden sich in Berlin zusammen, um fast 30 Millionen

Quadratkilometer afrikanischen Bodens, auf dem mehr als 100 Millionen Menschen lebten, so unter sich aufzuteilen, dass Konflikte zwischen den Kolonialmächten begrenzt werden konnten. Auch alle anderen Kontinente waren von dieser europäischen Kolonisierung und der Gründung von "Siedlerstaaten" betroffen.

Gemessen an der Bevölkerungszahl baute Deutschland, zwischen 1884 und 1913, das fünftgrößte Kolonialreich Europas. Territorial gesehen war es sogar das drittgrößte. Zeitweise umfasste das deutsche Kolonialreich ca. 1 Millionen Quadratkilometer, in denen schätzungsweise 12 Millionen kolonisierte Menschen in ihrem eigenen Land unterjocht wurden. Es ist diese Zeit, in der Deutschland die ersten Konzentrationslager der Geschichte entwickelte und die Gewalt, die vonnöten war, um den lokalen Widerstand gegen Zwangsarbeit zu unterbinden, 1904 mit dem Genozid gegen die Herero und Nama zu einer Klimax der Brutalität steigerte. Abgesehen davon war Deutschland politisch und wirtschaftlich auf vielfältige Weise in die Kolonisierung durch andere europäische Länder verstrickt.

2. Wie wurde der völkische Rassismus im Kolonialismus aufgebaut und wie knüpfte der Nationalsozialismus daran an?

Nachdem der europäische Kolonialismus die radikalste Deportations- und Migrationsbewegung der Geschichte hervorgebracht hatte, sahen sich die überwiegend weißen Bevölkerungen Europas zunehmend einer sich daraus ergebenden Diversifizierung gegenüber. Aus Sicht der ‚Rassen‘-theorien galt dies jedoch als Gefahr einer Degeneration der ‚weißen Rasse‘ durch ‚Vermischung‘ mit scheinbar niederen ‚Rassen‘.

Die ‚Rassen‘-theorien des ausgehenden 19. Jahrhunderts knüpften an die Aufklärung an, vor allem auch im Streben, Rassismus säkularisiert als wissenschaftlich fundiert darzustellen. Sich an die Genetik andockend behauptete Rassismus nun, dass ‚Rassen‘ nicht nur an Hautfarben, Schädeln oder Skeletten festgemacht werden könne, sondern auch, dass diese genetisch nachweisbar wären. Sich an den Sozialdarwinismus anlehnend radikalisierte sich der Rassismus dahingehend, dass behauptet wurde, dass sich ‚höhere Rassen‘ der ‚niederen‘ erwehren mussten.

Es wurde postuliert, dass die ‚weiße Rasse‘ ansonsten ‚degenerieren‘ würde. Chamberlain behauptete, dass die ‚arische Rasse‘, die er in Deutschland verortete, die einzige Hoffnung sei - und zugleich wurden Juden_Jüdinnen als deren größte Bedrohung inszeniert. Hieraus wurden eugenische Maßnahmen abgeleitet, die sich gegen die kolonisierten Menschen richteten sowie auch gegen Rom*nja und Juden_Jüdinnen. 1842 wurde, zunächst in Preußen und dann im Deutschen Reich, das *ius sanguinis* eingeführt, das Deutschsein an eine "Blutherkunft" band. Dafür diente der Begriff ‚Volk‘ als toxischer Container, der Juden_Jüdinnen sowie Sinti*zze und Rom*nja aus dem deutschen Volkskörper ausgegrenzte und sie zugleich zu Sündenböcken für innenpolitische Konflikte machte (Coffey & Laumann, 2021). Ihnen wurden global angeleitete Unterwanderungsstrategien ebenso angedichtet wie ein Verbrechergen. Gesetzgebungen wiesen die Diskriminierung von Juden_Jüdinnen und Rom*nja an. Das schloss Eugenik und Euthanasie ein, welche durch den industrialisierten Massenmord an über sechs Millionen europäischen Juden_Jüdinnen, der Shoah, sowie dem Porajmos als Genozid an den Sinti*zze und Rom*nja Europas eine grausame Klimax der rassistischen Gewaltverhältnisse fanden.

3. Ist das jetzt Vergangenheit?

Die Zerschlagung des Nationalsozialismus ging nicht mit einem Ende des Rassismus einher. England und Frankreich blieben Kolonialmächte und die andauernde US-amerikanische Jim-Crow-Ära basierte auf Apartheid-Methoden. In Europa wurde ebenso ein struktureller Rassismus befördert statt unterbunden. Nach 1945 gab es zwar keine rassistische Gesetzgebung mehr, der grundgesetzlich verbürgte Schutz vor rassistischer Diskriminierung wird bislang nur zivilrechtlich über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (2006) garantiert.

Die Kontinuitäten des Kolonialismus haben sich tief in die globalen wirtschaftlichen Verhältnisse eingeschrieben. Bis heute fußt der Reichtum des Globalen Nordens auf den Jahrhunderten kolonialer Ausbeutung fremder Territorien, Ressourcen und Arbeitskräfte. Die ehemals kolonisierten Gesellschaften wurden ihrer jungen Generationen beraubt und wirtschaftlich wie demographisch ausgeblutet. Hinzu kommen Jahrhunderte alte Traumatisierungen und künstlich geschaffene Staatskulturen, die konfliktträchtig sind und noch immer von politischen und wirtschaftlichen Interessen der reichen Länder kontrolliert werden. Der heutige Reichtum in Europa ist ohne die fortgeführte Ausbeutung von Rohstoffen, Flächen und Menschen im Globalen Süden undenkbar. Und während diese Weltregionen für den Westen die Rechnungen zahlen und dadurch ausgebremst bleiben, wird das aus dem Globalen Norden heraus auch noch rassistisch legitimiert. Es wird schlichtweg behauptet, für die verhinderte ökonomische Stärke seien selbst gemachte Probleme wie Faulheit, Korruption oder fehlende Zivilisation verantwortlich - statt für Kolonialismus die Verantwortung zu übernehmen und etwa Entschuldigungen und Reparationen anzubieten. Entwicklungshilfeszahlungen setzen da ein komplett anderes Signal. Es ist das alte "Wir-helfen"-Lügnarrativ - und dieses verschleiert noch, dass diese "Entwicklungszusammenarbeit" westliche Kontrolle über Räume des Globalen Südens fortschreibt. Auch der Rassismus hat nichts an Präsenz und Gewalt eingebüßt.

Rassismus wirkt in jede Pore der Gesellschaft hinein und äußert sich als strukturell bedingter Alltagsrassismus. Als weiße Vorherrschaft stützt Rassismus weiße Personen mit Privilegien aus, von denen [BIJPoC](#) ausgeschlossen bleiben. Dazu gehört etwa, dass weiße Deutsche einen privilegierten Zugriff auf Ressourcen und Zugehörigkeiten haben, etwa wenn es um ökonomische Ressourcen und Einkommen, Bildungs- und Berufsmöglichkeiten, Sicherheit im Alltag oder auch Zugehörigkeiten geht. Jene, die davon ausgeschlossen bleiben, erleben dies als Diskriminierung. Das drückt sich auch in der Frage von Repräsentation im doppelten Sinne aus. Erstens: Wer wird repräsentiert, also: Wer spricht? Wer wird gehört? Wer wird von bestimmten Strukturen (etwa Leitungsfunktionen oder in medialen Erzählungen) repräsentiert - und wer nicht? Zweitens geht es darum, wie Menschen repräsentiert werden: Wie wird über sie gesprochen. Finden Individualitäten ausreichend Raum oder steht eine Schwarze Person repräsentativ für alle Schwarzen Personen? Stereotype Repräsentationen von [BIJPoC](#) speisen sich aus tradierten rassistischen Zuschreibungen. Während es für weiße Personen möglich ist, individuell gelesen zu werden, lesen weiße Blicke [BIJPoC](#) immer durch rassistische Brillen, welche eine Person als "typisch für ..." liest.

Racial Profiling ist dafür ebenso ein Beispiel wie die Annahme, dass viele weiße Personen irritiert darüber sind, dass eine afrodeutsche Person muttersprachliches Deutsch spricht. In jedem „Wo kommst du her?“ steckt die rassistische Vorstellung, dass Weißsein Deutschlands „unsichtbar herrschende Normalität“ sei. Diese navigiert auch das bundesdeutsche Bildungssystem. Bei Wohnungssuche oder Karriereleitern hält Rassismus noch immer weiße Räume weiß. So erzeugte soziale Ungleichheiten wirken sich ökonomisch ebenso aus wie psychologisch. Sie sind auch Teil des Begriffes „Volk“.

Als das Nachkriegseuropa Arbeitskräfte aus der Karibik oder der Türkei einlud, Arbeiten im Niedriglohnsektor zu übernehmen, machte Deutschland allen Ankommenden klar: Ihr seid ‚Gastarbeiter‘ – also Gäst*innen, die nicht zu Deutschland gehören. Ihr kommt, um wieder zu gehen. Weder eine noch so konsequent betriebene Integrationsarbeit der Ankommenden noch eine Einbürgerung samt deutscher Staatsbürgerschaft kam gegen diese weiße Wand an. Noch immer stand diese fest auf dem Fundament des „Volks“-Begriffs, der seitdem in steter Wiederkehr die politischen Debatten um Migration und eine sogenannte „Leitkultur“ prägt – seien es das „Heidelberger Manifest“ von 1982, das den Schutz des „deutschen Volkes“ vor „Unterwanderung“ durch den „Zuzug von vielen Millionen von Ausländern“ proklamierte (Bambeck et al., 1982), Sarrazins Streitschrift „Deutschland schafft sich ab“ (2010) oder weitere unzählige Formen einer Politik, die anknüpfungsfähig an den ursprünglichen Degenerationsrassismus ist.

Der 1998 vom damaligen CDU-Innenpolitiker Jörg Schönbohm geprägte Begriff „Leitkultur“ wurde 2000 von Friedrich Merz und Roland Koch in einem CDU-Grundsatzpapier zu „Einwanderung“ wieder aufgegriffen. Schon „Kultur“ hat es in sich. Kultur kann die Zauberflöte-Premiere im Leipziger Gewandhaus meinen, eine Kunstausstellung oder eben so etwas wie „deutsche Kultur“. Dann könnte Sauerkraut oder Pünktlichkeit gemeint sein, Karneval oder Oktoberfest – oder eben „Volk“. Letzteres macht die Idee von „Leitkultur“ aus. Sie definiert Deutschsein als weiß und christlich. Und das ist ein völkischer Gedanke, der statt dem seit 2000 in Deutschland geltenden *ius soli*, das vom Geburtsprinzip ausgeht, noch immer dem *ius sanguinis*, dem Recht des Blutes, das Wort redet. Die gegenwärtige Politik war und ist weder in ihren Vorstellungen noch in ihren Herangehensweisen oder Zielen frei von den Kontinuitäten des Kolonialismus. Entsprechend schreibt der gegenwärtige Rassismus tradierte ‚Rassen‘-theorien fort, auch in der gängigen Verschränkung von Körperkonstruktionen, Religion, (fehlender) Befähigung zu intellektueller Größe oder Fortschritt und geographischem Raum.



4. Wie knüpfen rechtsextreme Politik und die AfD an den völkischen Rassismus zwischen dem Ende des 19. Jh. und dem Nationalsozialismus an?

Eine der größten Errungenschaften der politischen Ordnung demokratischer Nationalstaaten ist es, die Zugehörigkeit zu einem Staat nicht über einen rassistisch aufgeladenen Volksbegriff (altgriechisch: *éthnos*) zu bestimmen, sondern durch die Zugehörigkeit zu einem Staatsvolk (altgriechisch: *démos*, davon auch: Demokratie = Herrschaft des Volkes) qua Staatsbürgerschaft. Ein solcher Staat garantiert all seinen Bürger*innen die Grundrechte, die als positivrechtliche Ausgestaltungen der naturrechtlichen, fundamentalen Menschenrechte verstanden werden. Der Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten derjenigen Menschen, die nicht Staatsbürger*innen des Staates sind, in dem sie leben, sollte qua Naturrecht gegeben sein – in den 47 Mitgliedstaaten der Europäischen Menschenrechtskonvention (“Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“, EMRK) – zu denen auch Deutschland zählt – wird dieser Schutz auch positivrechtlich verbürgt (Bundeszentrale für politische Bildung, 2020a).

Wenn Rechtsextreme vom “deutschen Volk“ oder von “den Deutschen“ sprechen, meinen sie nicht ‘Volk’ im Sinne des französischen *peuple*, also alle Menschen einer Gesellschaft bzw. “das einfache Volk”. Der Volks-Begriff der AfD dockt sich gezielt an den völkischen Rassismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert an. Dabei meint ‘Volk’ nur ‘weiße Deutsche’ als jene, die angeblich ‘schon immer’ deutsch waren, die sich als *éthnos* durch “gemeinsame Abstammung, Herkunft, Geschichte, Kultur, gemeinsame Sitten und Gebräuche sowie gemeinsame[s] Siedlungsgebiet“ (Bundeszentrale für politische Bildung, o.J.) als vermeintlich homogene Gruppe konstituieren, die sich auch “ein Blut” teilt. Dazu passt, dass die AfD eine Rückkehr zum *ius sanguinis*, also dem Blutrecht, fordert. Genau das steckt im AfD-Credo “Deutschland, aber normal“, das eine Kehrtwende gen Nationalsozialismus und 19. Jahrhundert ist, und drückt sich auch in der Rede vom „Ethnopluralismus“ sowie Forderungen nach “Remigration” aus. Beide Begriffe transportieren den eugenischen Grundgedanken der AfD, dass sich die ‘weiße Rasse’ von allen anderen ‘Rassen’ segregieren und diese entsprechend ausmerzen oder deportieren müsse.

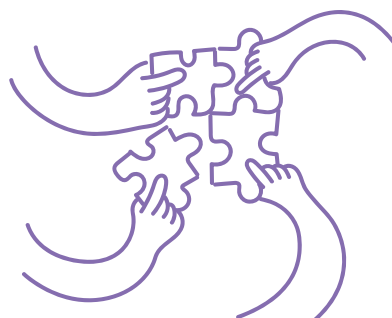
“Ethnopluralismus” klingt erstmal harmlos nach kultureller Diversität im Sinne von Multikulturalismus. Tatsächlich aber meint Ethnopluralismus genau das Gegenteil: Es gäbe verschiedene Völker, doch diese sollten bleiben, wo sie sind. Das ist globalisierungskritisch, v.a. solange es um die Migrationsbewegung gen Europa geht. Migration bedrohe und zerstöre die vermeintlich natürliche Ordnung und insbesondere die “weiße, westliche, christliche, abendländische“ Kultur (Schellhöf et al., 2018). Jede Migration in Richtung Europa beflecke und degeneriere, so die AfD, die ‘weiße Rasse’.

Entsprechend fordert die AfD, künftig keine Geflüchteten mehr aufzunehmen oder [BIJPoC](#), die auf Visumsbasis in Deutschland leben, des Landes zu verweisen. Familienzusammenführungen seien zu beenden, Syrien und Afghanistan als sichere Länder einzustufen. Auch wer straffällig wird, müsse deportiert werden. Als eine solche Straftat kann bereits die Teilnahme an einer pro-palästinischen Demo gelten. Am Ende stehen alle [BIJPoC](#), ob mit oder ohne Pass, im Visier dieses Vorwurfs und der Remigrationsagenda der AfD insgesamt.

Der völkische Rassismus der AfD stellt [BIJPoC](#), in tradierter Manier, als Gäste, Sündenböcke für innenpolitische Konflikte, Verschwörer*innen einer Globalisierungsagentur oder [Träger*innen eines Verbrechergens](#) hin. Aus Sicht der Rechtsextremen wird Muslim*innen (oder als solchen gelesenen Personen), Schwarzen Menschen und Menschen of Color (oder als solchen gelesenen Personen) anhand ihrer phänotypischen Erscheinung (biologistisch) - verschränkt mit anderen Charakteristika wie Kleidung oder Name – nicht nur mangelnde Integrationsfähigkeit unterstellt – ihre Integration ist unerwünscht. Denn völkischer Rassismus funktioniert grundsätzlich eugenisch: um die eigene Gruppe “reinzuhalten“, darf es gar nicht zur “Vermischung” und Integration kommen. Von AfD-Politiker*innen wird zwar meist noch das Nazischlagwort “artfremd/wesensfremd“ vermieden (von “kulturfremd“ wird aber sehr wohl gesprochen (Ministeriums für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, 2024)) – die Mechanismen und deren Auswirkungen sind aber die gleichen: rassistisch definierte [BIJPoC](#) können angeblich keine “richtigen“ Deutschen sein – oder werden.

Vertreibungs- und Vernichtungsfantasien sind die unausweichliche Konsequenz des völkischen Rassismus. Wir haben [oben bereits](#) dargelegt, dass die heutigen Migrationsbewegungen, die von rechter Seite bekämpft werden, vor allen Dingen eine Konsequenz kolonialer Politiken sind. Letztlich war auch die Versklavung von Millionen von Menschen aus kolonisierten Regionen eine erzwungene Migration. Staatsbürgerliche Diversität entsteht durch Veränderungen immer wieder neu und ist nicht als unveränderlicher Zustand zu sehen – insbesondere durch die Bewegungen der Menschheit auf diesem Planeten wird die Vielfalt von morgen eine andere sein, als die von heute oder gestern. Das betrifft auch die Definition dessen, wer oder was als deutsch angesehen wird. Rechtsextreme Argumente ignorieren, dass Bewegung und Veränderung die einzigen natürlichen Konstanten der Menschheitsgeschichte darstellen. Von Vielfalt im Sinne des Ethnopluralismus zu sprechen ist also eine Instrumentalisierung zur Verschleierung von Rassismus – letztlich geht es nämlich darum, dass unter dem Deckmantel des Erhalts von Vielfalt ethnische Säuberungen und Deportationen stattfinden sollen. Wohin das führen kann, lehrt uns die Geschichte, wie wir [oben bereits](#) gezeigt haben.

Der “völkische“ Volksbegriff, den rechtsextreme Gruppen schon immer vertreten haben, und den nun auch die AfD bewusst einsetzt (wenn auch kulturalistisch getarnt), um ihre rassistische Agenda voranzutreiben, stellt eine massive Bedrohung für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Er unterminiert den staatsbürgerlichen Volksbegriff (Deutscher Bundestag, 2022) und stellt eine Gefahr dar, die Menschen das Leben kosten - auf dem Mittelmeer und auf deutschen Straßen.



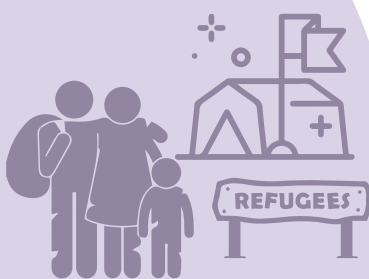
5. Stellt sich die AfD nicht auch gegen den Nationalsozialismus?

Eine beliebte Verteidigungsstrategie des heutigen Rechtsextremismus bzw. Faschismus – ist der Verweis auf ihren vermeintlichen Anti-Antisemitismus: Im Gegensatz zu Nazis und “echten“ Rechtsextremisten seien sie keineswegs antisemitisch, was mit Verweis auf eine kleine Gruppe (derzeit circa 20 Vollmitglieder (Lauer, 2023)) von “Juden_Jüdinnen in der AfD“ zu beweisen ersucht wird. Dabei handelt es sich um eine Gruppe von Menschen, die den in der AfD verbreiteten Antisemitismus ignoriert, weil sie mit anderen AfD-Mitgliedern insbesondere deren Antifeminismus und antimuslimischen Rassismus teilt (Salzborn, 2019, S. 197-216). Einer ähnlichen Motivation zur Instrumentalisierung dürften Solidaritätsbekundungen mit Israel seitens verschiedener AfD-Politiker*innen folgen.

Rechtsextreme versuchen von ihrem eigenen Antisemitismus abzulenken, indem sie ihn zu einem ausschließlichen, angeblich importierten Problem unter Muslim*innen (oder als solche gelesenen Personen) – und deren vermeintlich linken Sympathisant*innen – umdeuten. Auf diese Weise werden Juden_Jüdinnen als Bezugspunkt der eigenen Moral instrumentalisiert, um potentiellen Wähler*innen Legitimität zu suggerieren. Historisch betrachtet grenzt sich die “Neue Rechte“ vom Nationalsozialismus jedoch vor allem aus stilistischen Gründen ab. Die “Neue Rechte“, die seit den 1980er-Jahren entwickelt wurde, bezieht sich auf die Theoretiker der Konservativen Revolution (Weiß, 2018). Diese begriffen sich als alternative Bewegung zum Nationalsozialismus und standen ihm aus verschiedenen Gründen kritisch gegenüber, allerdings nicht aus inhaltlichen Gründen. Sie waren unzufrieden damit, dass rechte Politik mit der NSDAP und der gesamten politischen Infrastruktur des Nationalsozialismus für eine Vielzahl von Menschen zugänglich gemacht wurde, da ihnen vielmehr eine auserkorene politische Elite mit hegemonialer Befugnis vorschwebte und sahen in Hitler keinen geeigneten Repräsentanten für eine solche intellektuelle und elitäre Form rechter Politik, die sie gerne anstrebten. In der Sache jedoch waren sie sich einig, denn auch die konservative Revolution war zutiefst faschistisch, antisemitisch und baute auf eugenischen Rassismus. Die Abgrenzungsversuche der gegenwärtigen “Neuen Rechten“ zum historischen Nationalsozialismus und Antisemitismus können also als strategische Verschleierung der bedeutenden gemeinsamen Nenner gelten.

6. Asyl und Asylrecht

Weltweit sind etwa 120 Millionen Menschen auf der Flucht (UNO-Flüchtlingshilfe, 2024). Mehr als die Hälfte von ihnen kann ihr Land nicht verlassen. Binnenflüchtlinge sind also die allergrößte Gruppe unter Geflüchteten. Manche schaffen es maximal ins Nachbarland, kommen dort aber nicht weiter. Nur die allerwenigsten kommen nach Europa, noch weniger nach Deutschland. Nur 0,3 Prozent. Im letzten Jahr wurden 351.915 Anträge auf Asyl gestellt (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2024). Davon werden nochmal gut die Hälfte abgelehnt. Im globalen Vergleich stand Deutschland zu keinem Zeitpunkt an der Spitze jener, die Geflüchteten Raum bieten, weder in absoluten noch in relativen Zahlen. Allein die beiden kenianischen Geflüchtetenlager Dadaab und Kakuma beherbergen seit Jahrzehnten eine halbe Million Menschen (Mediendienst Integration, 2024).



Trotz dieser Zahlen verwendet die AfD, indem sie von "bislang unvorstellbaren Wanderungsbewegungen in Richtung der wohlhabenden europäischen Staaten" (AfD, 2016b, S. 59) spricht, eine Bildsprache, die gezielt Angst und Abwehr erzeugen soll. Einerseits setzt sie hiermit die Fluchtursachen nicht in globale Zusammenhänge und weist jede Mitverantwortung europäischer Staaten an den Fluchtursachen zurück. Zum anderen steckt sie Menschen mit Flucht- und Migrationsbiographien in eine Art abzuschiebenden Container und macht hierdurch das Schicksal der einzelnen Menschen dahinter unsichtbar. Durch ihre auf Falschaussagen beruhende populistische Hetze trägt sie zu einer Atmosphäre von Empathielosigkeit und mangelnder Solidarität bei. Henrike Kohpeiß nennt dies "Bürgerliche Kälte" (2023).

Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht, geregelt etwa durch die Genfer Flüchtlingskonvention oder die EU Grundrechtecharta. Auch im deutschen Grundgesetz ist das Recht auf Asyl verankert - als Teil einer Verantwortungsübernahme für den Nationalsozialismus, dem Juden_Jüdinnen nur lebend entrinnen konnten, sofern sie in einem anderen Land Asyl bekamen.

Schon durch den "Asylkompromiss" 1993 wurde der grundrechtlich verbürgte Schutz auf Asyl auf eine Weise reformiert, dass er nur noch in den wenigsten Fällen Anwendung findet. Art. 16a Abs. 2 GG schränkt das 1949 aus den Gräueln des Nationalsozialismus erwachsene und im Wortlaut so klare wie eindeutige "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht" dahingehend ein, dass dieses Recht nur noch denen zustehen soll, die nicht über einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder aus einem anderen sogenannten Sicheren Drittstaat einreisen. Da Deutschland nun einmal ausnahmslos an Mitgliedstaaten der EU angrenzt und Asylanträge im Ausland - beispielsweise in Botschaften - nicht zur Verfügung gestellt werden, bedeutet dies de facto die Aushöhlung des Asylschutzes nach deutschem Recht. 2021 waren es 0,8% der Geflüchteten, denen nach Art. 16a GG Asyl gewährt wurde. Der Großteil der Schutzsuchenden findet Asyl über die Genfer Flüchtlingskonvention und das Europäische Asylsystem. Jedoch wird auch daran immer weiter gerüttelt. Im Juni 2023 stimmte die Bundesregierung, also Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) und Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne), dem europäischen Beschluss zur "Reform" der gemeinsamen Asylpolitik zu. Den eigenen Koalitionsvereinbarungen entgegen soll die Asylpolitik immer weiter verschärft werden.

Die Einführung und der Ausbau von beschleunigten Asylverfahren an den Außengrenzen nach Vorbildern wie Moria und Lampedusa soll es Menschen weiter verunmöglichen, das Innere der Festung Europa zu erreichen. So soll die Hoffnung auf Asyl durch eine Endzeitstimmung der Endstation ersetzt werden. Dabei ist die Vermutung von Pull-Faktoren, also vermeintliche Anreize für Geflüchtete, sich auf den Weg in ein bestimmtes Land zu machen, längst wissenschaftlich widerlegt. Wer den lebensbedrohlichen Weg über die tödlichste Grenze der Welt, des Mittelmeers, auf sich nimmt, den wird auch letztlich ein noch so verrohtes Lager Moria nicht davon abhalten, zu versuchen, das eigene Leben zu retten. Das, was hier darüber hinaus verroht, ist weiterhin der "bürgerliche" Diskurs in Richtung Rechtsaußen. Die Reform der Gemeinsamen Europäischen Asylpolitik ist kein "Kompromiss", wie Baerbock es nennt, sondern Menschenunrechtspolitik. Diese strahlt auch die kontaminierte Inszenierung von Geflüchteten als Gefahr aus. Schon die "Mitte der Gesellschaft" findet es empörend, dass Deutschland sich schon wieder übernehme und Geflüchtete zum Zahnarzt dürfen, statt Schmerzen auszuhalten. Das aber setzt die AfD nicht unter Druck. Es gibt ihr Recht.

Vor diesem Hintergrund sind Aussagen der AfD, in denen sie das Asylrecht als missbräuchliches “Vehikel der Masseneinwanderung” (AfD, 2016b, S. 12) einordnen, falsch. Jeder Mensch hat das Recht darauf, einen Asylantrag zu stellen. Dieser wird dann nach geltendem Recht geprüft, wobei zwischen verschiedenen Aufenthaltsberechtigungen und Schutzstatus unterschieden wird. Unterschieden wird dabei zwischen Asylanspruch (Art. 16a, GG), Flüchtlingsschutz (UNO, 1951), subsidiären Schutz (§4 Abs.1 AsylG) und Abschiebeverbot (§60 (1), Aufenthaltsgesetz).

Das Grundsatzprogramm der AfD von 2016 zielt darauf ab, das individuelle Grundrecht auf Asyl zu ersetzen (AfD, 2016b, S. 12). Hiernach würde das individuelle Grundrecht eingeschränkt werden, indem beispielsweise Obergrenzen und Kontingente für die Einreise festgelegt sowie Verwaltungs- und Gerichtsverfahren vereinfacht oder verkürzt werden.

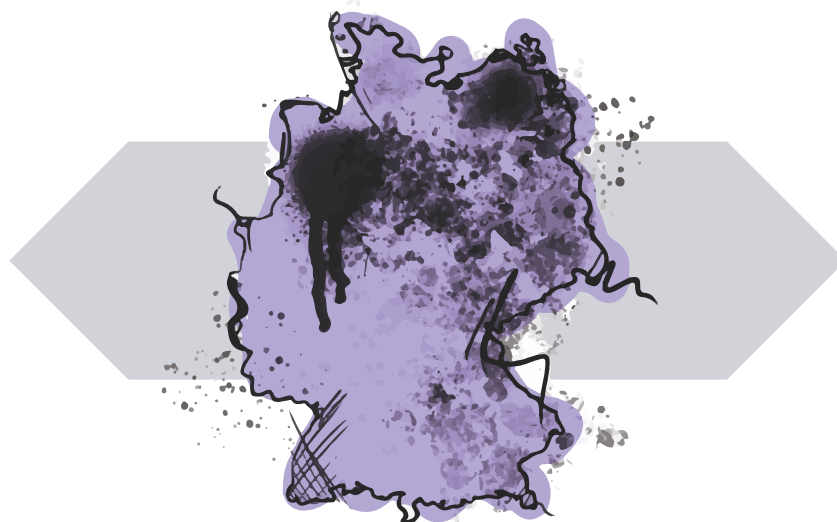
Die AfD Politik gegen Geflüchtete ist rassistischer Natur und wendet sich gegen alle [BIJPoC](#). Deswegen vermengen sie ja auch systematisch Begriffe wie “Flüchtlinge“, “Asylanten“, “Gäste“ oder “Migranten“. Das ist kein zufälliger Move, sondern eine bewusst gewählte Strategie.

Sich ‘innere Feinde’ auszudenken, um ihnen die Schuld an allem zu geben, was innerhalb eines Landes schiefläuft, ist ebenso altbekannt wie unsinnig. Remigration löst keines der sozialen Probleme. Sie würde sie vielmehr nur verstärken.

Deutschland hat eine lange Geschichte als Migrationsgesellschaft und hat dieser politischen Entscheidung einen großen Teil seiner sozialen, kulturellen und ökonomischen Entwicklung zu verdanken.

Deportationen von bis zu 30 Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen wäre das wirtschaftliche Aus für Deutschland. Tatsächlich benötigt Deutschland viel mehr Menschen, um den heutigen Lebensstandard und die heutige Wirtschaftskraft erhalten zu können. Zudem würde eine offen faschistische Agenda Deutschlands jede internationale Investition und alle [Fachkräfte verschrecken](#). Fachkräftemangel und demografische Einschnitte werden sich durch die deutsche Volkstümelei der AfD also nur verschärfen.

Dennoch sollte das Argument für eine humane Asylpolitik nicht sein, Diversität in Deutschland damit anzupreisen, dass Deutschland von dieser ökonomisch profitiert. Im Kern geht es darum, dass die Würde eines jeden Menschen unantastbar sein muss.



IV KRIMINALISIERUNG UND UNGERECHTIGKEIT

Während **BIJPoC** von der AfD als Bedrohung für Deutschland inszeniert werden, sind sie es, die sich in Deutschland nicht sicher fühlen können. Im Grundgesetz steht: “Die Würde des Menschen ist unantastbar.” Das meint ganz klar jede Person, egal, wo sie geboren wurde oder lebt. Generell würden wahrscheinlich die meisten Menschen zustimmen, dass alle Menschenleben gleich viel wert und somit gleich schützenswert sind. Im Parteiprogramm der AfD wird jedoch davon geredet “den Schutz der Bürger[*innen] an erste Stelle zu setzen“ (AfD 2016: 06), hierbei ist aber genau klar, von welchen Bürger*innen geredet wird: Die AfD möchte nämlich nicht jede in Deutschland lebende Person schützen, sondern ausschließlich die, die in ihr “deutsches Bild“ passen - also weiße Deutsche. Hier stellt sich die Frage, weshalb ausgerechnet diese Leben, und auch nur diese, mehr geschützt werden sollten als andere? Was macht das Leben einer beispielsweise deutschen, weißen Person schützenswerter als das von anderen?

Man muss sich hier vor Augen führen, was für Auswirkungen die Politik der AfD hat: der sogenannte “Schutz“ von deutschen Bürger*innen führt nicht nur zu Nachteilen, sondern auch zum Tod von anderen. Somit behandelt die AfD nicht alle Menschenleben gleich, sondern priorisiert die, die sie selbst als schützenswerter erachtet, was jedoch anhand von ihnen konstruierten Auswahlkriterien geschieht. Diese Bedrohung, denen **BIJPoC** ausgesetzt sind, steht mit beiden Beinen fest in der viel zu langen Geschichte des Rassismus.

Insbesondere werden auch der Islam (in einer Gleichsetzung mit Islamismus), muslimisch gelesene Männer bzw. sogenannte “Clankriminalität“ als Bedrohung für weiße Deutsche inszeniert. Angeblich werde diese Bedrohung durch alle Parteien außer der AfD verschlimmert und sei die AfD die einzige Partei, die etwas dagegen unternehmen würde. Doch der Fakt, dass die dominierende Staatsangehörigkeit im Bereich der organisierten Kriminalität die deutsche ist (Bundeskriminalamt, 2023a), oder dass die vorwiegende Ideologie hinter Terroranschlägen eine rechtsextremistische ist (Tuschhoff, 2016), wird ignoriert oder verschwiegen. Auch was die Bedrohung angeht, verzerrt und/oder lügt die Partei. Das sollen einige Zitate aus dem jeweils aktuellen Bundestags- und Europawahlprogramm der AfD zeigen.



“Zunehmende Straßengewalt, Terror und Kriminalität sind jedoch keine Naturereignisse, die man kritiklos hinnehmen muss. Sie sind menschengemacht und haben Ursachen, die man bekämpfen kann. Genau das wollen wir tun.“ (AfD, 2021, S. 76)

Kriminalität und Gewalt sind komplexe soziale Phänomene. Für beide gilt, dass ihre Ursachen vor allem im Sozialen liegen. Das bedeutet, dass Lebensumstände und zentrale Lebensereignisse die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass eine Person selbst Gewalt ausübt oder Gesetze bricht. (Bogerts & Möller-Leimkühler, 2013, S. 1329-1344; Oberwittler, 2023, S. 14-24) Deshalb arbeitet moderne Gewalt- und Kriminalitätsprävention vor allem an solchen sozialen Schnittstellen; Ansätze, die auf harte Strafen setzen, gelten als veraltet und sogar kontraproduktiv, weil harte Strafen das Rückfallrisiko erhöhen können (Kilb, 2012; Lösel, 2012, S. 71-84; Spieß, 2013, S. 87-117).

“Der erhebliche Anteil von Ausländern insbesondere bei der Gewalt- und Drogenkriminalität, aber auch bei öffentlichen Unruhen, führt derzeit viel zu selten zu ausländerrechtlichen Maßnahmen.“ (AfD, 2021, S. 77)

“Die grenzüberschreitende und migrationsbedingte Kriminalität schlägt sich in den amtlichen Statistiken nieder. Beispielsweise wurden im Jahr 2022 bundesweit mehr als 65.000 Fälle von Wohnungseinbruchsdiebstählen angezeigt – das entspricht einer Steigerung um 21,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Ebenfalls ein hohes Niveau haben sogenannte Messerangriffe erreicht: Allein in Berlin wurden im Jahr 2022 mehr als 3.300 Angriffe unter Verwendung eines Messers erfasst; bei den aufgeklärten Fällen wurden mehr als die Hälfte von ausländischen Tatverdächtigen begangen.“ (AfD, 2023, S. 15)

Die AfD bezieht sich hier auf Zahlen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik. Die erfasst aber nur Straftaten, die den Ermittlungsbehörden bekannt werden. Ein Großteil aller Straftaten wird den Ermittlungsbehörden allerdings nie bekannt und ist daher nicht entsprechend dokumentiert. Dadurch sind die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik verzerrt (Birkel, 2014, S. 23-43; Bundeskriminalamt, 2023b). Studien zu solchen Leerstellen zeigen, dass Ausländer*innen oder Menschen mit Migrationsgeschichte generell nicht krimineller sind als Einheimische – wobei hier die Erfassung über Kategorien des Rassismus nicht erfolgt (Krieg et al., 2020; Walter & Kubink, 1993). Stattdessen erfahren sie eine stärkere Kriminalisierung, das heißt, ihre Gesetzesverstöße fallen eher auf und werden eher verfolgt als die von Einheimischen, weil Migrant*innen unter besonderer Beobachtung stehen. (Walburg, 2022, S. 385-404)

“Die Einbürgerung Krimineller ist zuverlässig zu verhindern durch die Ablehnung des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, weil hierdurch u. a. Angehörige krimineller Clans automatisch zu deutschen Staatsbürgern werden können (...) Bei schwerer Kriminalität innerhalb von zehn Jahren nach erfolgter Einbürgerung (Mitwirkung in Terrororganisationen, Zugehörigkeit zu kriminellen Clans) ist die Einbürgerung zurückzunehmen.“ (AfD, 2021, S. 77/78)

*“Die Mehrzahl der Täter im Bereich der Organisierten Kriminalität sind Ausländer.“
(AfD, 2021, S. 80)*

“Zudem muss der Machtanspruch großer Familienclans durch konsequenten Einsatz der Ermittlungsbehörden und des Strafrechts gebrochen werden.“ (AfD, 2021, S. 85)

Die dominierende Staatsangehörigkeit im Bereich Organisierte Kriminalität ist die deutsche (Bundeskriminalamt, 2023b). “Clankriminalität” ist ein Kampfbegriff, mit dem Politik und Medien versuchen, bestimmte Ausländer*innen als besonders kriminell darzustellen. Dies folgt einer rassistischen Logik, nach der Ausländer*innen von Natur aus krimineller seien als Einheimische (Rabe, 2023, S. 50-59; Winkler, 2023, S. 79-95). Tatsächlich geht aber nur ein sehr geringer Teil des Kriminalitätsgeschehens auf sogenannte “Clankriminalität” zurück und trotz erheblichem Ermittlungsaufwands können die Strafverfolgungsbehörden bis heute kaum relevante Beweismittel für Organisierte Kriminalität bei sogenannten “Clans” vorweisen (Abdul-Rahman, 2023, S. 114-126). Mit dem Begriff soll vor allem das rassistische Klischee der kriminellen Ausländer*innen wieder salonfähig gemacht werden (Abed, 2023, S. 244-251).

“Die Sicherheitslage verschärft sich vor allem in Ballungsgebieten dramatisch. Eine besondere Rolle hierbei spielen gerade junge Täter, denen derzeit ein geradezu zahnloses Recht gegenübersteht. Erzieherische Erfolge in diesem Segment lassen sich erfahrungsgemäß nur durch sofortige Inhaftierung der Täter schwerer Delikte erreichen. Wir fordern daher eine entsprechende Änderung der einschlägigen Gesetze, insbesondere des Haftrechts. Wegen der immer früher einsetzenden kriminellen Entwicklung muss das Strafmündigkeitsalter auf zwölf Jahre abgesenkt und mit dem Erreichen der Volljährigkeit auch das Erwachsenenstrafrecht Anwendung finden.“

(AfD, 2021, S. 78)

Fast alle Menschen verstoßen im Laufe ihrer Jugend gegen Gesetze, denn Regeln brechen ist ein wichtiger Teil der Adoleszenz; diese Form der Kriminalität hört aber meist mit steigendem Alter von selbst auf (Dollinger & Schmidt-Semisch, 2018, S. 03-16). Darüber hinaus ist Jugendkriminalität, genauso wie bei Erwachsenen, seit Jahrzehnten in der Tendenz rückläufig, und jüngste Steigerungen haben eher mit kurzfristigen Verzerrungen wie der COVID19-Pandemie und einer wachsenden Bevölkerung zu tun (Bundeskriminalamt, 2024). Harte Strafen und Inhaftierung sind zur Kriminalitätsprävention, insbesondere im Jugendbereich, kontraproduktiv und sie erhöhen das Rückfallrisiko. Maßnahmen, die auf Erziehung, Wiedergutmachung und Verantwortungsübernahme abzielen, haben sich als wesentlich effektiver erwiesen, um jugendliche Straftäter*innen von weiteren Straftaten abzuhalten (Lösel, 2012; Spieß, 2013). Genau deswegen setzt das Jugendstrafrecht unter der Überschrift des Erziehungsgedankens auch darauf und nicht auf harte Strafen oder ein niedriges Strafbarkeitsalter (Cornel, 2018, S. 533-558).

“Die vom Verfassungsschutz als sehr hoch eingeschätzte Terrorgefahr durch Dschihadisten ist eine ständige Bedrohung unseres Lebens und Friedens.“

(AfD, 2021, S. 85)

Die AfD legt hier einen künstlichen Schwerpunkt auf islamistischen Terror und verschweigt wichtigen Kontext. Die meisten Terroranschläge in Deutschland lassen sich keiner spezifischen Ideologie zuordnen. Von denen, bei denen dies möglich ist, machen jedoch rechtsextreme Gruppen den größten Anteil aus (Tuschhoff, 2016). Die AfD selbst wird vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall beobachtet, einzelne Landesverbände und die gesamte Jugendorganisation gelten laut Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem (u.a. Amt für Verfassungsschutz, 2022; Bundesministerium des Inneren und für Heimat, 2024; Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen, 2023 & 2024; Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt, 2024).

“Die desaströsen Folgen der unregulierten Massenzuwanderung seit 2015 sind unübersehbar und verschärfen sich weiter: überproportionale Zuwandererkriminalität, Terroranschläge und islamischer Separatismus belegen dies (...).“

(AfD, 2021, S. 91)

Wie oben beschrieben ist Zuwanderung keine Ursache für Kriminalität, sondern vor allem soziale Umstände. Auch Terroranschläge werden in Deutschland nicht in erster Linie von Zuwanderer*innen verübt, sondern vor allem von Einheimischen und vor allem aus rechten und rassistischen Gründen (Ulrich & Schwahn, 2021; Salzborn, 2023, S. 525-542; Sundermeyer, 2012). Für die Bekämpfung islamistischen Terrors spielt die Regulierung von Zuwanderung keine wichtige Rolle, da religiöse Radikalität unter Migrant*innen geringer ist als in der Gesamtbevölkerung (Tausch, 2024). Gleiches gilt in Bezug auf das, was die AfD als ‚islamischen Separatismus‘ bezeichnet. Muslimische Menschen sind ein selbstverständlicher Teil Deutschlands. Dort wo unterstellt wird, sie würden sich separieren, liegen die Ursachen eher in Ausgrenzung durch die weiß-deutsche Mehrheitsgesellschaft (Geisen & Riegel, 2007).

“Dies [Zuwanderung aus “Staaten des islamischen Kulturkreises“] hat in vielen Ländern der Europäischen Union, wie z. B. in Schweden (Malmö) mit seiner äußerst liberalen Einwanderungspolitik, in Frankreich (Pariser Banlieue, Marseille) mit seinen ehemaligen Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent oder auch in Brüssel (Molenbeek), zu unlösbaren Integrationsproblemen in Form von Ghettobildung und überbordender Kriminalität geführt.“

(AfD 2023: 12)

Wie beschrieben, ist Kriminalität keine Frage von Zuwanderung. Die hier angeführten Beispiele stehen exemplarisch dafür, wie Kriminalität vor dem Hintergrund sozialer Schieflagen entsteht, die ihre Ursache nicht in Zuwanderung, sondern in sozialer Ungleichheit haben (Hartmann, 2008, S. 503-517).

“Die ideologische Radikalisierung von Kindern ist zu einem wichtigen sicherheitsrelevanten Geschehen in der EU geworden. Dabei unterliegen vor allem Kinder aus muslimisch-fundamentalistischen Elternhäusern dem Zugriff radikaler Ideologen, die in religiösen Predigten immer wieder zur Gewalt aufrufen.“

(AfD 2023: 16)

Radikalisierung ist vor allem ein Phänomen des Jugend- und frühen Erwachsenenalters (Milbradt et al., 2022). Gleichzeitig sind diese Lebensphasen von einer Abgrenzung den eigenen Eltern gegenüber geprägt und familiäre Einflüsse spielen im Bereich islamistischer Radikalisierung keine relevante Rolle. Entsprechend sind Kontakte zu anderen und stärker Radikalisierten außerhalb der Familie ein entscheidender sozialer Faktor bei der Radikalisierung, nicht jedoch das Elternhaus (Frank & Scholz, 2022).



V DER SEXISMUS DER AfD

1. Wen unterstützt die Familienpolitik der AfD?

Die Programme und das dort vorgestellte Weltbild der AfD sind zutiefst frauenfeindlich und richten sich gegen eine Gleichstellung der Geschlechter (Lang, 2017, S. 61-78). Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es: “Die Alternative für Deutschland bekennt sich zur traditionellen Familie als Leitbild. Ehe und Familie stehen nach dem Grundgesetz zu Recht unter dem besonderen Schutz des Staates.“ (AfD, 2016, S. 09) Das klingt harmloser, als es ist. Denn diese Programmatik folgt dem völkischen Grundgedanken, dass nur “weiße Deutsche” legitime Deutsche seien - und dass sie es sind, die Kinder, viele Kinder, bekommen sollen, damit der “deutsche Volkskörper” sich nicht “abschaffe”. Diesem Ziel ist die Programmatik der Partei angepasst. Das schließt ein, dass Frauen und Männer in längst überholte Rollenbilder zurückgedrängt werden sollen. Frauen sollen primär ihrer Aufgabe als Mutter und Ehefrau nachkommen. Dass sie vorwiegend als Gebärende betrachtet werden, grenzt das Recht auf körperliche Selbstbestimmung von Frauen ein.

Dazu passt, dass nach der AfD Schwangerschaftsabbrüche noch weiter erschwert werden sollen. Zudem soll Frauen als Müttern ein Anspruch auf gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Raum oder bei Erwerbsarbeit abgesprochen werden. Immer wieder betont die AfD, dass Frauen gar nicht arbeiten sollen - und wenn, dann in “Frauenberufen” und in Teilzeit. Entsprechend stimmte die AfD-Fraktion des Sächsischen Landtags 2023 gegen Maßnahmen, die [dem Gender Pay Gap entgegenwirken](#) würden (Sachsen-Fernsehen, 2023). Es läge ja in der Natur der Sache, dass Männer und Frauen verschieden seien und folglich auch verschieden entlohnt werden sollten. Unterstützende Leistungen für Eltern will die AfD wiederum an ein normativ heterosexuelles Familienmodell binden.

Das heißt konkret, dass Alleinerziehende in Ihrer Alltagsrealität und Lebensleistung abgewertet werden und nicht in jedem Fall auf finanzielle Unterstützung vertrauen können (AfD, 2017). Zudem gehört es zur Fortpflanzungspropaganda der AfD, alle Geschlechter zu attackieren, die aus diesem Mann-Frau-Eltern-Normalitäts-Modell ausscheren.

Ein Verbot des “dritten Geschlechts” und Homosexualität, samt Rückkehr zu gewaltvollen “Umerziehungen“ von Homosexuellen, ist der AfD ebenso wichtig wie das Verbot von gleichgeschlechtlichen Ehen. Symbolisch richtet sich dieser Kampf auch gegen geschlechtergerechte Sprache und die Gender Studies (Lesben- und Schwulenverband, ca. 2021).



Während die AfD Errungenschaften bei der Gleichstellung aller Geschlechter bekämpft, eignet sie sich eben diese von ihr missbilligten Erfolge an. Die Errungenschaften zur Gleichstellung der Geschlechter werden instrumentalisiert, um dem Islam die Zugehörigkeit zu Deutschland abzusprechen. Fürsorge heuchelnd, verurteilt die AfD den Islam als homo- und transphob sowie frauenfeindlich: "Frauen trauen sich nicht mehr auf die Straße" (Zitat nach Nonnenmann & Thorwarth, 2019). Aus dem Mund einer Partei, die Frauen offen auf Lustobjekte und Gebärmaschinen reduziert und Maßnahmen gegen Homo- und Transsexualität anstrebt, klingt das alles andere als plausibel. Sexismus oder Homophobie im Islam werden von der AfD scheinverurteilt, um die eigene sexistische, homo- und transphobe Hetze rhetorisch zu tarnen und sie dadurch nur umso intensiver ausüben zu können.

Im EU-Parteiprogramm der AfD etwa heißt es: *"Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Bereichen die Gleichberechtigung von Mann und Frau."* (AfD, 2021, S. 86)

Gezielt macht die AfD hier wieder speziell Musliminnen und das Narrativ der unterdrückten und rettenden Frau, die von außen emanzipiert werden muss, zu ihrem Projekt und offenbart zudem ihren statischen und konservierenden Blick auf Menschen mit migrantischen Familienbiographien. Doch muslimische Religionszugehörigkeit steht nicht ursächlich für ein Weltbild, in dem Frauen unterdrückt werden, da der Islam eine vielfältige Religion mit sehr unterschiedlichen Auslegungen des Geschlechterverhältnisses ist (Rumpf et al., 2003). Die Unterdrückung von Frauen ist Ausdruck des Patriarchats, einer jahrtausendealten Gesellschaftsordnung, in der Männer Macht und Kontrolle über Frauen ausüben (Cyba 2010, S. 17-22). Dieses Denken ist unabhängig von Religion weltweit tief verankert, auch in Deutschland (Kalkstein et al., 2022).

Auch viele muslimische Familien leben genau nach dem von der AfD als normativem Ideal angestrebten Familienbild, sprich: sie machen Ausbildungen, studieren, arbeiten, ziehen Kinder auf und engagieren sich ehrenamtlich. Ihnen Zugänge zu staatlichen Unterstützungssystemen zu verwehren, ist rein rassistisch motiviert.



VI DIE AfD ALS NEOLIBERALE & ANTI-SOZIALE PARTEI

Durch Versprechen und Programmpunkte präsentiert sich die AfD gerne als bürgernahe Partei. Dabei würde sich gerade ihre angestrebte Politik gegen einen großen Teil ihrer Wählerschaft richten und die Schere zwischen Arm und Reich noch mehr verschärfen. (Fratzscher, 2023)

1. Bildung. Möchten wir lieber nach Leistung aussieben oder ist es besser zu fördern?

Rechtsextremistische Parteien und Gruppen befürworten uneingeschränkt das "Leistungsprinzip" in Schule und Studium (in Deutschland etwa die AfD, 2016b, S. 11). Es wird in Kauf genommen oder gewollt, dass nicht alle Menschen die gleiche Chance haben, von der gleichen Startlinie ins Leben zu starten. Schon bevor viele Menschen ihre Leistungen in Schule oder Beruf überhaupt zeigen können, sind sie unverschuldet benachteiligt. In den Programmen der Parteien am rechten Rand, darunter der AfD, finden sich keine Aussagen zu Förderungen von Kindern und Jugendlichen, die in einzelnen Bereichen leistungsschwächer sind. Stattdessen soll eine Leistungselite gefördert werden, während gezielte Förderstrukturen etwa in Grundfächern in den Schulen, die für das Leben und den Berufseinstieg benötigt werden, durch frühe Aussiebnungsprozesse ersetzt werden sollen. Wer ausgesiebt wird, etwa an Hauptschulen kommt, hat ungleich schwerere Chancen im Leben. Dabei greift oft Diskriminierung aufgrund von Sprache - und zwar ganz unabhängig vom intellektuellen Potenzialen von Schüler*innen.

Es ist nicht fair, dass Menschen, die schlechtere Chancen haben, nicht unterstützt werden sollen. Wir alle haben irgendwo Schwächen und oft war jemand zur Unterstützung da. Und viele Menschen bewusst nicht zu unterstützen, ist auch wirtschaftlich unvernünftig. In Deutschland verfügten im Jahr 2022 etwa 19% der 20- bis 34-Jährigen nicht über eine formale berufliche Qualifikation, das sind 2,86 Millionen junge Menschen (BIBB, 2024). Dabei schützt schon frühkindliche Bildung, und dann, später im Lebensverlauf, schulische und berufliche Bildung Menschen vor ökonomischen Risiken und Armut. Bildung ist zudem eine wichtige Grundlage für die soziale Integration in Gemeinschaften und die Gesellschaft. Menschen, die wenig Bildungsgelegenheiten haben, nicht auf ihren Lebenswegen zu unterstützen, ist eine Gefahr für das soziale Zusammenleben und negativ für die Entwicklung der Wirtschaft der Gesellschaft.



2. Schule und Kindergärten. Wollen wir unsere Kinder disziplinieren, oder dass sie sich mit Lernfreude zu selbst bestimmten Menschen entwickeln?

Rechtsextreme Parteien und Gruppen arbeiten sehr oft mit verzerrten Aussagen. So vermittelt beispielsweise auch die AfD ein Zerrbild über Kindergärten und Schulen, indem sie behauptet, es würden dort “oft“ Kinder negativ beeinflusst. Es gäbe eine “politisch-ideologische Indoktrination“, wie etwa “eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht“ (AfD, 2016a, S. 106/107). Behauptet wird, “das klassische Rollenverständnis von Mann und Frau soll durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen systematisch ‚korrigiert‘ werden.“ (AfD, 2016a, S. 109).

Wie kommen Menschen auf so etwas? Es werden für solche Lügen über unser Bildungssystem keine Belege präsentiert. Es gibt klare Gesetze samt behördlicher Aufsicht, die sicher stellen, dass Werte jenseits des Grundgesetzes nicht vermittelt werden. Dabei sind es aber die rechtsextremistischen Gruppen selbst, die eine ideologische Indoktrination befördern. Rechtsextremistische Parteien und Gruppen wollen Kindergärten und Schulen, die Tradition, Disziplin und dogmatisch einfache Normen vermitteln – so etwa Leistungsstärke, Mann-Frau-Normen oder rassistische Grundvorstellungen über Deutschsein (AfD, 2016a, S. 102ff.).

Was sie nicht wollen, ist eine kindgerechte und psychologisch fundierte Pädagogik, die neben Fachinhalten auch Fähigkeiten zum Selbstlernen und Lernfreude vermittelt. Kinder und Jugendliche benötigen jedoch Bildung für eine Welt im Wandel und eine Bildung, die es ihnen ermöglicht, das Neue in der Welt aktiv mitzugestalten. Um Selbstwirksamkeit zu erleben, ist es wichtig zu lernen, Zusammenhänge selbst festzustellen und zu prüfen. Das Beharren auf Disziplin und veraltete Traditionen steht dem entgegen. Nicht die einfache Überlieferung von Tradition und die disziplinarische Auslieferung an alte Werte unterstützt die Entwicklung von selbst wirksamen Persönlichkeiten, sondern das Erlernen von Kompetenzen, die es vermögen, Zusammenhänge in der Welt selbst bestimmt und mit analytischem Handwerkszeug selbst prüfen zu können (Jerusalem & Hopf, 2002).

Ein fundamentales Problem unseres Bildungssystems sind ungleiche Bildungschancen (Becker, 2017). Die soziale Herkunft der Schüler*innen bestimmt maßgeblich darüber, wie gut sie in das Schulsystem integriert werden. Ihre eigentlichen Potentiale werden dabei viel zu oft nicht gefördert und bleiben unentdeckt (Struck, 2019). Anstatt Lösungen dafür anzubieten, sucht die AfD lieber neue Probleme, die gut in ihre Ideologie passen und bauscht diese künstlich auf. Damit sollen ihre Interessen und Ziele, gegen staatliche Einrichtungen vorzugehen, gestützt und legitimiert werden.

Wie selbstkritisch etwa unser Bildungssystem in Wirklichkeit ist, das zeigen die vielen Untersuchungen dazu, wo unsere wirklichen Probleme im Bildungssystem liegen – in der großen Ungleichheit der Bildungschancen, die stark von der sozialen Herkunft beeinflusst sind (OECD, 2023). Es gibt zu viele Schüler*innen, die schlechte Noten bekommen und in ihren eigentlichen Leistungspotenzialen unentdeckt bleiben, nicht gut gefördert oder gar behindert werden. Aber anstatt an der Bearbeitung der wirklichen Probleme mitzuwirken, behaupten rechtsextreme Parteien und Gruppen große Unwahrheiten und erzeugen damit Unsicherheit - aus der sie politisches Kapital schlagen wollen.



Menschen
würde

Chancen
Gleichheit

Miteinander

Solidarität

Zuhören
Wollen!

3. Wirtschaft. Warum sollen wir wirtschaftlich schlechter leben als nötig?

Rechtsextreme Parteien richten, wenn sie an die Macht kommen, erheblichen wirtschaftlichen Schaden an. Dies stellt das Kieler Institut für Weltwirtschaft fest (Funke et al., 2024). Die wirtschaftliche Kraft des Landes und der Bevölkerung sinkt nach Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien deutlich. Warum ist das so?

Ein wesentlicher Grund sind hohe Zölle und wirtschaftlicher Protektionismus, aber auch Austritte aus internationalen wirtschaftlichen und sozialen Verbänden (etwa Austritte aus der EU). Dies schadet der wirtschaftlichen Wohlfahrt.

Nach der Ideologie rechtsextremer Parteien soll die nationale Wirtschaft der eigenen Nation befördert werden und dazu sollen ökonomisch und sozial wichtige Beziehungen zu anderen Ländern aufgegeben werden. Ein Beispiel ist der Austritt Großbritanniens aus der EU, die Forderung der AFD, die EU zu verlassen oder Deutschland möglichst weit weg von den Regelungen der EU zu platzieren (AfD, 2023, S. 20ff.). Das damit verbundene Ziel ist, dass man sich nicht mehr an soziale, gesundheitliche oder ökologische Standards halten muss. Dadurch können die eigenen Waren billiger produziert und mit dem Preisvorteil können sie weltweit besser verkauft werden.

Das Problem: Den Preis dafür zahlen dann die so genannten 'kleinen Leute'. Zum einen sorgen die Standards für vergleichbare Mindestsicherungen auf dem Markt. Das heißt, mit den Regelungen, etwa der EU-Staaten, wird verhindert, dass Menschen, aufgrund der entstehenden Konkurrenz, in immer schlechteren Bedingungen arbeiten und leben müssen. Dieser Schutz vor bedenklichen Arbeitsbedingungen aber auch gesundheits- und umweltschädlichen Produkten (vom Auto, über Medikamente bis zur Zahnpasta) fällt beim Austreten aus den Handelsverbänden weg. Das Durchsetzen eigener Sicherungsstandards wäre mit einem viel höheren Aufwand verbunden, da nicht nur sämtliche Vereinbarungen neu ausgehandelt werden müssten, sondern auch die Kontrollen und die Durchführung der Standards selbst durchgeführt werden müssten. Damit würde der vermeintliche wirtschaftliche Vorteil ins Negative gewendet.

Besonders wichtig ist aber, dass weltweite Arbeitsteilung – so wie es Arbeitsteilung immer bewirkt – in riesigem Umfang Wohlstand schafft. Bestimmte Nationen oder Regionen können aufgrund von Bodengegebenheiten, Wetterbedingungen sowie daran angepassten und stetig verbesserten wirtschaftlichen Strukturen unterschiedliche Produkte besonders effizient herstellen. Anstatt Produkte herzustellen, die man nicht perfekt beherrscht, ist es wirtschaftlich sinnvoll, die Dinge zu produzieren, die man besonders gut kann (Ricardo, 2006). Kurzum: Weltweite Arbeitsteilung und Verbände, etwa die Europäische Union, die Arbeitsteilung und gleiche Regeln für alle durchsetzen, fördern damit zugleich den Wohlstand aller Beteiligten.



4. Menschen wollen im Alter gut leben und die Bevölkerung wird durchschnittlich älter. Warum bieten rechtsextreme Parteien keine Lösungen dafür an, damit das ohne Probleme möglich ist?

Um den demographischen Veränderungen zu begegnen und eine durchschnittliche Alterung der Bevölkerung zu stoppen, möchte die AfD mehr *“deutsche Kinder”*, mehr Zeit für Kindererziehung in der Familie sowie weniger Zuwanderung (AfD, 2016a, S. 76ff.), flexiblere Modelle einer *“sich parallel zum Anstieg der Lebenserwartung verlängernden Lebensarbeitszeit”* (AfD, 2016a, S. 84) und höhere Renten aus Steuermitteln (AfD, 2020b).

Die Wirtschaft und eine Finanzierung der Sozialsysteme benötigen hinreichend viele Arbeitskräfte, die konsumieren, investieren, Steuern und Sozialabgaben zahlen. Im Globalen Norden liegt die Zahl der Geburten zum Teil deutlich hinter der Zahl der Sterbefälle. Dadurch entsteht eine Imbalanz der Arbeitskräfte und rentenbeziehenden Personen. Die AfD möchte zur Lösung jetzt die Geburtenrate erhöhen. Viele Kinder sind schön, aber sie lösen leider die Probleme nicht. Die heute Geborenen kommen am Arbeitsmarkt an, wenn das Problem der hohen Zahl der Rentenbeziehenden schon wieder vorbei ist. Die AfD sagt auch offen, wie sie diese gut 50 Jahre überbrücken möchte: Renten auf 1.000 EUR pro Person senken. Es bestehen andere, klügere Möglichkeiten, die Wohlfahrt und Wirtschaft zu sichern (Hellwagner, 2022) und Renter*innen Sicherheit zu bieten. Erstens kann versucht werden, die im Vergleich zu Männern immer noch etwas geringere Erwerbsquote von Frauen, besonders im mittleren und höheren Alter, zu erhöhen. Dagegen verwehrt sich auch die AfD nicht. Aber sie sagt nicht, wie sie das erreichen möchte, bzw. welche Anreize dafür sinnstiftend sind. Ein seit vielen Jahren von der Wissenschaft vorgeschlagener Weg wäre, das Ehegattensplitting aufzuheben. Damit würden die finanziellen Anreize für die Arbeit beider Ehepartner etwa nach einer Familienphase erhöht. Aber genau das möchte die AfD nicht, sie befürwortet das Ehegattensplitting in Form eines *“Familiensplittings”* (AfD, 2016a, S. 147), das in der Praxis einseitig besonders Frauen an Hausarbeit und Familienarbeit bindet.

Eine zweite Möglichkeit ist, die freiwillige verlängerte Lebensarbeitszeit zu fördern. Viele Menschen möchten freiwillig und ohne ökonomische Not länger arbeiten, aber es bestehen Hürden im Befristungsrecht oder im öffentlichen Dienst. Eine längere und flexiblere Lebensarbeitszeit fordert auch die AfD, sagt aber nicht, wie sie dies erreichen möchte (AfD, 2020b). Ein drittes Mittel, das Arbeitskräftepotentiale auszuweiten vermag, führt über technischen Wandel, Fortschritt und globale Wissenschafts-, Produktions- und Handelsbeziehungen. So lassen sich die Produktivität erhöhen und Kosten und Preise senken. Die AfD möchte Technik und technisches Know-how national fördern. Eine Steigerung der Produktivität ist allerdings nur im Rahmen einer internationalen Einbettung in politische, wissenschaftliche und ökonomische Standards möglich. Dies stünde der protektionistischen Haltung der AfD entgegen.



Eine vierte Möglichkeit besteht darin, die Bildung und Chancengerechtigkeit zu erhöhen. Auch hier bietet die AfD keine Förderungen an. Besonders effektiv wäre es fünftens, die Zahl der jährlich in Arbeit zu integrierenden Migrant*innen von etwa 330.000 jährlich, nach heutigem Stand, etwa zu verzehnfachen. Migration leistet einen großen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg (Geis-Thöne, 2022). Die AfD lehnt Migration jedoch grundsätzlich ab. Bis auf die Ausweitung von Erwerbsarbeit bei Älteren werden solche als zielführend vorgestellten Maßnahmen von Rechtsextremist*innen aufgrund ihrer traditionellen und volks-nationalen Ideologie abgelehnt.

5. Gesundheit, Sicherung im Alter und Ausbau der Infrastrukturen für Wohnen, Pflege, Verkehr, Bildung, Energieversorgung oder digitale Netze sind Menschen sehr wichtig. Warum sagen Rechtsextremist*innen so wenig Konkretes zu diesen wichtigen Themen?

Etwa 110 Milliarden beträgt der Zuschuss des Bundes zur Rentenversicherung. Dieses Geld dient überwiegend der sachgerechten Finanzierung nicht beitragsgedeckter Leistungen wie z. B. der ‚Mütterrente‘. Die AfD ist der Auffassung, dass die mit der Alterung der Gesellschaft drohende Überlastung der Beitragszahler *“durch einen höheren Steuerzuschuss in der Rentenfinanzierung entgegengewirkt werden soll“*. Das soll durch Sparen im Bundeshaushalt erwirtschaftet werden. (AfD, 2020b).

Weitere 600 Milliarden, so sind sich Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und viele Wissenschaftler*innen einig, werden für den Ausbau von Infrastrukturen für Verkehr, Bildung, Energieversorgung, Wohnungsbau, Gesundheit und Pflege oder Digitale Netze (Dullien et al., 2024) benötigt. Aber Steuererhöhungen lehnt die AfD ebenso ab (siehe Abschnitt VIII) wie ein Aufweichen einer Schuldenbremse (AfD, 2016a).

Aber es fehlt nicht nur an mehr Investitionen in Zukunft. Selbst wenn diese erhöht würden, fehlen die Arbeitskräfte, um die vielen Aufgaben zu bewältigen. Um die Herausforderungen, allein nur im Gesundheitssektor, der Pflege, im Wohnungsbau und der Verkehrsinfrastruktur zu meistern, benötigt Deutschland, so wie auch alle Staaten um uns herum, dringend sehr viel Zuwanderung und Arbeitskräfte. Und weil es in Europa den meisten Staaten so geht, benötigen wir Arbeitsmigration über die EU-Grenzen hinaus. Die Bewältigung der Herausforderungen, allein nur die Verbesserungen der Infrastrukturen von Gesundheit, Bildung, Wohnen, Verkehr, digitaler Netze usw., benötigt uns alle. Aber ein Verständnis von *“Alle gemeinsam“* haben rechtsextreme Parteien wie die AfD nicht. Sie können nur sehr wenig zu den wirklichen Problemen sagen, sondern wollen mit ihren vermeintlichen Lösungen [BIJPoC](#) ausgrenzen, und von ihnen ernannte Feind*innen bekämpfen, egal, was diese Menschenverachtung finanziell, sozial und moralisch kostet.





6. Wohnpolitik. Wer profitiert wirklich?

Die AfD behauptet, sie wolle Wohnraum schaffen und das Baurecht vereinfachen. Doch hinter diesen wohlklingenden Versprechen verbirgt sich eine neoliberale Agenda, die vor allem den Interessen der Immobilienwirtschaft dient und soziale Ungleichheiten vertieft. Die AfD lehnt staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt ab und setzt auf die Kräfte des freien Marktes. Doch gerade diese Politik hat in der Vergangenheit zu steigenden Mieten und Wohnungsnot geführt (AfD, 2020a).

Durch die Fokussierung auf private Investitionen und Deregulierung werden vor allem einkommensschwache Familien und Migrant*innen benachteiligt, die ohnehin schon mit Diskriminierung und Zugangshürden auf dem Wohnungsmarkt zu kämpfen haben. Anstatt sozialen Wohnungsbau und staatliche Mietpreisregulierungen zu fördern, zementiert die AfD damit bestehende Ungleichheiten und schafft Wohnraum, der für viele Menschen unbezahlbar bleibt.

7. Gesundheitspolitik. Marktorientierung statt Patientenschutz

Auch im Bereich der Gesundheitspolitik zeigt sich die neoliberale Ausrichtung der AfD. Sie fordert eine Reduktion staatlicher Einflüsse und setzt auf private Vorsorge und Wettbewerb. Dabei wird ignoriert, dass ein marktorientiertes Gesundheitssystem vor allem die soziale Ungleichheit im Zugang zu medizinischen Leistungen verstärkt (AfD, 2021, S. 134-149).

Gerade für marginalisierte Gruppen, das trifft Migrant*innen und ökonomisch Benachteiligte gleichermaßen, bedeutet diese Politik eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung.



8. Steuerpolitik. Entlastung für Wenige, Belastung für Viele

In ihrer Steuerpolitik setzt die AfD auf umfangreiche Steuersenkungen, insbesondere für hohe Einkommen und Unternehmen. Die *„Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel“* soll *„auf 0 %“* gesenkt werden, *„alle Steuern und Abgaben auf Kraftstoffe!“* sowie *„Mehrwertsteuer auf Energie auf 5%“*. Auch sagt die AfD: *„[W]ir senken die Steuern massiv und erhöhen die Freibeträge für Gering- und Normalverdiener auf 12.600 €!“* (AfD, o.J.). Auch Unternehmenssteuern sollen weiter gesenkt werden.

Die AfD argumentiert, dass Steuersenkungen Investitionen und Wachstum ankurbeln würden. Aber warum sollten Investitionen von Unternehmen und Banken in Deutschland erfolgen? Wichtig dafür wäre ja, gerade die Infrastrukturbedingungen u.a. auch für wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Steuern zu senken ist angesichts der großen Investitionsvorhaben, die auch noch den Kindern eine gute Zukunft ermöglichen sollen, eine unsoziale und ökonomisch unvernünftige Idee. Sie ist durch die Ideologie der freien Marktkräfte und des Populismus getrieben. In der Praxis zeigt sich, dass solche Maßnahmen vor allem den Wohlhabenden zugutekommen und die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet. Durch die Abschaffung von Vermögens- und Erbschaftssteuern werden Reiche weiter entlastet. Öffentliche Dienstleistungen hingegen, von denen insbesondere marginalisierte Gruppen profitieren, werden abgebaut. Steuersenkungen führen in der Realität zu einer Umverteilung von unten nach oben (Sieling, 2014). Die AfD ignoriert die sozialen Folgen ihrer Politik und fördert eine neoliberale Agenda, die auf Kosten der Mehrheit geht und vor allem denen nützt, die ohnehin schon privilegiert sind.

9. Die unsichtbaren Opfer neoliberaler Politik

Die neoliberale Politik der AfD verschärft nicht nur die soziale Ungleichheit, sondern hat auch spezifisch rassistische Auswirkungen. [BIJPoC](#) und andere migrierte Menschen sind überproportional von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen (Bundeszentrale für politische Bildung, 2020b). Eine Politik, die den sozialen Wohnungsbau vernachlässigt, den Zugang zu Gesundheit vom Einkommen abhängig macht und Steuern für Reiche senkt, trifft diese Gruppen besonders hart.

Indem die AfD eine Politik der sozialen Kälte propagiert, fördert sie die Ausgrenzung und Diskriminierung von Migrant*innen und ökonomisch benachteiligten Menschen. Ihre neoliberalen Maßnahmen dienen letztlich der Aufrechterhaltung einer rassistischen und klassistischen Gesellschaftsstruktur, in der Wohlstand und Chancen ungleich verteilt sind und marginalisierte Gruppen systematisch benachteiligt werden.



VII AfD & OSTDEUTSCHLAND

1. Warum wird die AfD in Ostdeutschland mehr gewählt als dies in Westdeutschland der Fall ist?

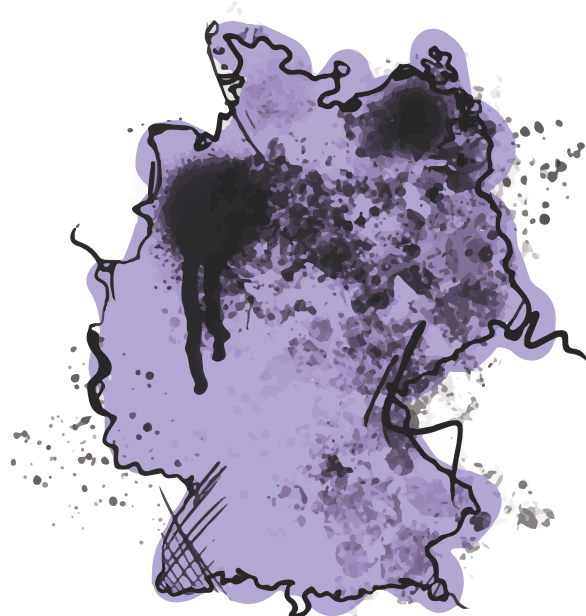
Beim Wahlverhalten bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen sieht es so aus, dass die AfD generationenübergreifend gewählt wird, ohne dass es einen markanten Unterschied zwischen Männern und Frauen gäbe. Eine statistische Erfassung diverser Menschen gibt es bislang nicht, so dass dazu keine Aussagen möglich sind. Deutlich aber ist, dass die AfD in ländlichen Räumen deutlich mehr gewählt wird als in urbanen. Was die Bundesländer angeht: Die AfD wird umso mehr gewählt, umso südlicher und östlicher die Wahlurnen aufgestellt werden. Am höchsten sieht der Zuspruch allerdings tatsächlich in ostdeutschen Bundesländern aus. Die AfD fand und findet in Ostdeutschland noch immer stärkeren Zuspruch als in Westdeutschland. Ostdeutschland ist ein Brennpunkt der AfD-Präsenz und insbesondere der rechtsextremen Radikalisierung in Deutschland. Welche Gründe gibt es dafür? Viele meinen, dass Ostdeutsche die AfD wählen, weil sie von westdeutschen Strukturen diskriminiert werden und sie sich als "Bürger zweiter Klasse" fühlen. Die Desillusionierung der Transformationsjahre gehe mit Politikverdrossenheit einher - und diese münde darin, dass Ostdeutsche die AfD als anti-westliche und Anti-Establishment Partei wählen.

Zudem steht die AfD für eine autoritäre Staatsverfassung und diese halten Ostdeutsche mehrheitlich für geeigneter als die bisherige Demokratie, um anstehende Herausforderungen in den Griff zu bekommen (EFBI, 2023). Das kann nicht losgelöst davon verstanden werden, dass die DDR eine Diktatur war, die - zeitlich gesehen- nahtlos an die NS-Diktatur anschloss. So gesehen sind diktatorische Modelle den in der DDR sozialisierten Ostdeutschen vertraut. Und das ostdeutsche Wahlergebnis von 1990 gab mit Helmut Kohl einem autoritären Demokraten und einer sehr patriarchalisch geprägten "Staatsvaterschaft" das Vertrauen. Diese sich von der westdeutschen Sozialisierung unterscheidende Sozialisation kann ein Grund für den stärkeren Zuspruch zu Autokratie in Ostdeutschland sein und damit ein Pfund für die AfD. Drittens sind Ostdeutsche anfälliger für den völkischen Rassismus der AfD, und dafür, diesen offen zu vertreten, weil zivilgesellschaftliches Handeln von der SED-Diktatur ebenso unterbunden wurde wie ein kritisches Reflektieren von Rassismus und Sexismus. Bei der Geburt bekamen Ostdeutsche zwar keinen Reisepass, wohl aber das Attest zugesteckt, per se antifaschistisch zu sein. Weil ihnen eingeredet wurde, dass sie gar nicht rassistisch oder sexistisch sein könnten, hatten sie nicht gelernt, wie solche Reflexionsprozesse individuell zu leisten sind. In diesem Klima konnte während der Revolution und im Einigungsprozess ein nationalistischer Ton angeschlagen werden, der von einer Rückbesinnung auf Volk als "weißes Volk" geprägt war (Mitzkat, 2021). Zwar wurde der ostdeutsche Resonanzraum durch den Umgang der SED-Diktatur mit Freiheit und Demokratie, aber eben auch Rassismus und Sexismus, und die ostdeutschen Transformationserfahrungen noch mal nuancenhaft anders geprägt als der Westdeutsche. Dennoch gibt es keinen zwangsläufigen Pfad, der von DDR-Prägungen und ostdeutschen Verletzungen zum Kreuzchen bei der blauen Partei führt. So wichtig es einerseits auch ist, zu verstehen, warum die AfD es schafft, ebendiese ostdeutschen Verletzungen zu instrumentalisieren und aus ihnen Honig zu saugen bzw. ostdeutsche Erfahrungen in der DDR und den Transformationsjahren den blauen Aufwind katalysatorisch beschleunigen, so falsch ist es andererseits zugleich, die AfD als rein ostdeutsche Partei misszuverstehen und ihren Aufstieg zu einem "Die-da-im-Osten-sind-Schuld"-Sonderweg zu erklären.

2. Ist die AfD ein ostdeutscher Sonderweg?

Obgleich die AfD in Ostdeutschland relativ mehr Wahlstimmen als in Westdeutschland einzusammeln vermag, findet sie nicht nur Zuspruch in den alten Bundesländern, sondern wird die AfD mehrheitlich von Intellektuellen aus Westdeutschland gesteuert. Viele meinen hingegen, dass die AfD eine ostdeutsche Partei sei, so wie es die Linkspartei einmal gewesen ist. Die AfD setzt sich bewusst so in Szene: als einzige Partei, die sich für “die Ostdeutschen” wirklich einsetzt und sie wirklich versteht: Die AfD sagt den Ostdeutschen, ihr müsst euch eure Rechte erstreiten und wir, die AfD, sind bereit, diesen Kampf für euch zu führen. Sie behauptet etwa: Das bisschen Arbeitsmarktchance, Wohlstand oder Anerkennung, welches sich die Ostdeutschen erarbeitet hätten und welches ihnen zustünde, vergäbe die Bundesregierung lieber an “Migranten”. Das aber würden Ostdeutsche nicht verdienen. Und zwar, weil sie weiß seien. Entsprechend wird propagiert, dass Ostdeutsche ihre eigene Position als Deutschlands “Andere” nur dadurch überwinden könnten, dass der bundesdeutsche Wohlstand und die Zugehörigkeit zu diesem Land [BIJPoC](#) verweigert werde. Mal abgesehen davon, dass die AfD darüber lügt, wie schwer Wege von Asylsuchenden zwischen Asylbeantragung, Visumsverlängerung und Arbeitssuche sind und wie oft Geflüchtete in Berufe gezwungen werden, die unter ihrer Qualifizierungsstufe liegen, und deutlich weniger Lohn als Menschen mit einem deutschen Pass bekommen (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2019): Wenn die AfD behauptet, dass sie Ostdeutsche dadurch beschützen würde, dass sie Geflüchtete verdrängt, bewegt sie sich genau im ewigen Fluss der scheinheiligen Teile-und-Herrsche-Agenda der Diskriminierenden, ohne an einer echten Problemlösung auch nur interessiert zu sein.

Zwar bietet die rassistische Propaganda der AfD Ostdeutschen ein Ventil, um eigene Diskriminierungserfahrungen in Richtung jener abzulassen, die noch fragiler und strukturell ungeschützter sind. Doch am Ende ändert sich die reale Situation der Ostdeutschen nicht zum Besseren. Anders als es PDS, später Die Linke, in den 1990ern und 2000ern war, ist die AfD keine ostdeutsche Partei. Ebenso wenig wie die AfD Interessen von Menschen mit geringem Einkommen vertritt, hat sie vor, ostdeutsche Infrastrukturen oder Biografien zu stärken. Wirtschaftliche Sorgen von Ostdeutschen lassen sich so nicht lösen und angemessene Jobs nicht leichter finden. Und das Gefühl, Westdeutschen unterlegen zu sein, lässt sich so auch nicht überschreiben. Ganz im Gegenteil ist ja die ostdeutsche AfD-Affinität eine neue Trumpf-Karte, die westdeutsche Überlegenheits Erzählungen speist und die AfD genau dadurch nach oben spült.



3. Warum stärkt es die AfD, so zu tun, als sei die AfD eine ostdeutsche Partei?

Die AfD als ein ostdeutsches Problem abzutun, bietet Westdeutschland die Möglichkeit, sich im Sinne der tradierten westdeutschen Überlegenheitsnarrative über Ostdeutsche zu erheben und sich dazu auch berechtigt zu fühlen: "AfD? Ja. Die Osis sind einfach verzweigt und dumm." Die besonders Engagierten bieten bestenfalls einen gepflegten Gesprächsrahmen dafür an, dass der Osten sich mal in den Griff bekommen müsse und dass dies dann das AfD-Problem gleich mit löse. Doch wenn Westdeutsche die AfD allein dem Osten anlasten oder gar sagen, der Osten wähle die AfD, weil er so demokratieunfähig sei, wird das alte westdeutsche Überlegenheitsnarrativ gegenüber Ostdeutschland bedient. Wenn der Westen es sich auf diese Weise bequem macht, in seiner alten Arroganz was Besseres als der Osten zu sein, hat er das Problem schon wieder nicht verstanden, sondern verschlimmert. Denn die westdeutsche Ostdeutschland-Schelte kommt bei Ostdeutschen als Diskriminierung an. Das bietet der AfD ein bequemes Einfallstor. Denn dass Westdeutschland sich im Sessel zurücklehnt und so tut, als hätte die AfD nichts mit ihnen zu tun, stellt die tradierte westdeutsche Arroganz zur Schau, welche viele Ostdeutsche in die Populismus-Arme der AfD treibt.

Zudem ist der westdeutsche Fingerzeig gen Osten (ich verurteile jetzt mal gründlich die ostdeutsche Schuld für die AfD, und schon stehe ich auf der richtigen Seite) eine oberflächliche und falsche Analyse, welche die eigentlichen Probleme vernebelt und so den Blick darauf verstellt, was es eigentlich bedarf, um die AfD zu bekämpfen: Die AfD erhebt sich aus der Tiefe der Geschichte des völkischen Rassismus, aber ist es nicht nur AfD-förderlich, sie als ostdeutsche Partei zu setzen, sondern auch falsch.

Je eher der Westen von seinem hohen Ross runterkommt, auf dem es angeblich keine AfD-Affinitäten gäbe, desto eher kann damit begonnen werden, den Graben zwischen der AfD und dem restlichen Gesamtdeutschland zu ziehen. Das aber schließt ein, anzuerkennen, dass sich viele Ostdeutsche offen gegen die AfD stellen – und zwar dem Kopfschütteln der Westdeutschen und dem Rechtsruck der "Mitte der Gesellschaft" zum Trotz.



VIII AfD & DEMOKRATIE

1. Die AfD behauptet, dass sie angetreten sei, um das Establishment zu stürzen, um Demokratie wieder einzuführen. Ist das falsch?

Die AfD plant, einen Staat zu errichten, der ihrem faschistischen Weltbild folgt. Dieser setzt auf Autokratie, eine Gesetzgebung, die dem Grundgesetz widerspricht, sowie einem dieser Rechtsprechung dienenden 'starken Staat'. Autokratische und diktatorische Systeme, auch solche, die die AfD errichten will, scheinen dem Ziel verpflichtet, die Gesellschaft gleichzuschalten. Das schließt eine Diskriminierung von Minderheiten ein und von allen, die nicht dem faschistischen Welt- und Menschenbild entsprechen – sowie eine Verfolgung politischer Feind*innen. Das ist ohne staatliche Gewalt und Repression nicht zu haben. Am Ende läuft die Idee des "starken Staates" auf einen autokratischen Polizeistaat hinaus.

Martin Sellner und Maximilian Kraus legten 2023 mit *Regime Change von rechts*. Eine strategische Skizze sowie ein Manifest. Politik von rechts im rechtsextremistischen Verlag Antaios zwei Werke vor, die dies deutlich aussprechen.

Einer der entscheidenden Architekten dieses Potsdamer-Treffens und der Remigrationspläne der AfD ist der aus Österreich kommende Faschist Martin Sellner. Der 35-jährige agiert europaweit. Mehrere Staaten verhängten gegen ihn Einreiseverbote. In Deutschland gehört er zum Umfeld der rechtsextremen um Götz Kubitschek und Höcke.

In seinem Buch spricht Sellner von einer „Reconquista“ – und meint damit die Rückeroberung "der Schlüsselstellen des Ideologischen Staatsapparats wie der Universität, der Presse, Kunst und Kultur". Kraus, EU-Spitzenkandidat der AfD bei der Europawahl 2024, wiederum schreibt im Kapitel „Der Staat. Die kollektive Ordnung in einem umgrenzten Gebiet“, dass "Ordnung" für den von ihm skizzierten Staat „ein zentraler Wert [sei]. Daher ist rechte Politik grundsätzlich etatistisch.“ (Kraus, 2023, S.74) Dabei kritisiert er, dass der heutige Staat sich unentwegt an seine selbst geschaffenen Regeln halte und dass dies bewirke, dass der Staat oftmals nicht schnell genug (re)agiere.

Das aber sei Schwäche, während ein starker Staat autoritär und eigenmächtig handeln müsse - und zwar nach klaren Regeln, die die Rechte der Feind*innen der AfD beschneiden. Kraus will unbedingt aufgeben, was jeder liberalen Freiheits- und Staatsvorstellung, auch dem bundesdeutschen Grundgesetz, als Lehre der Geschichte fest eingeschrieben worden ist: dass der liberale Staat auch für jene da ist, die ihn ablehnen (solange grundgesetzliche Prinzipien gewürdigt bleiben) – und dass sich eine demokratische Freiheit dadurch auszeichnet, dass sie auch die Interessen von so genannten Minderheiten vertritt. Kraus will das ändern.

Der von der AfD geplante autokratische Staat sieht sich nur verpflichtet, der eigenen faschistischen Norm zu dienen. Das schließt ein, dass er sich rigoros gegen jene wendet, die dieser nicht entsprechen. Das betrifft [BIJPoC](#) ebenso wie nicht-binäre und Transpersonen, aber auch politische Feinde. Kraus sagt konkret: "Die Realität der multikulturellen Bevölkerung in den Ballungsräumen erfordert daher eine repressive Staatsgewalt, soll die Ordnung aufrechterhalten werden." (Kraus, 2023, 95) Kraus und Sellner fordern nichts weniger als den Polizeistaat, der vorbeugend aktiv wird und Andersdenkende und Minderheiten unterdrückt.

Der AfD-Staat grenzt also alle aus dem Staatsvolk aus, die nicht in sein *“Deutschland, aber normal“* passen sowie alle, die seine Staatsvorstellungen nicht teilen: Er nennt sie zum Beispiel *“Liberale“, “Feministen“, “Fremde“* oder *„absurde Minigruppen“*. In ihrem Buch *Widerworte. Gedanken über Deutschland (2019)* schreibt Weidel, wie mit solchen Feinden des Grundgesetzes – siehe auch [Artikel Art. 20, Abs. 4](#) – umgegangen werden sollte: *“Kein Staat kann billigerweise gezwungen werden, seine Feinde auch noch aus öffentlichen Mitteln zu alimentieren.“* (Weidel, 2019, 34) In seinem Buch plädiert Krahn dafür, legal an die Macht zu gelangen, um dann den Staat gegen das Grundgesetz umzubauen – und dieses sowie die deutsche Gesetzgebung entsprechend anzupassen (Krahn, 2023, S. 75-80).

2. Wie kann die AfD unsere Demokratie unterwandern?

Die 2013 gegründete AfD schaffte es schon beim zweiten Bundestagswahlanlauf im Jahr 2017, mit 94 Abgeordneten in den 19. Bundestag einzuziehen. Bei den Zweitstimmen hatten sie 12,6 Prozent erzielt und in Sachsen sogar drei Direktmandate gewonnen. Damit wurde die AfD zur stärksten Oppositionspartei zur Großen Koalition. Bei den Bundestagswahlen 2021 erlangte die AfD dann zwar mit insgesamt 10,3 % weniger Zweitstimmen als zuvor. Doch seither legt sie sowohl an Stimmen als auch an faschistischer Extremität zu – und an Sichtbarkeit dieser. Im Juni 2023 wurde im thüringischen Sonneberg erstmals ein AfD-Politiker zum Landrat gewählt. Kurz darauf wurde Hannes Loth erster hauptamtlicher Bürgermeister der AfD, und zwar in der sachsen-anhaltischen Kleinstadt Raguhn-Jeßnitz. Bei den Wahlen zum EU-Parlament im Juni 2024 erlangte sie bundesweit 15,9%, wurde aber stärkste Partei in allen ostdeutschen Bundesländern (Die Bundeswahlleiterin, 2024).

Zum einen ermöglichen es diese Entwicklungen der AfD, sich als *“normale politische Partei“* zu inszenieren. Zudem hat die AfD auch als Oppositionspartei enorme politische Gestaltungsmöglichkeiten. Systematisch versucht sie, die Bürokratie zu überfordern. Ausschüsse des Bundestages oder von Landesparlamenten werden mit großen und kleinen Anfragen überladen. Nicht nur deswegen regiert die AfD längst mit. Sie tut dies auch insofern, als ihr *“Kulturkampf“-Einfluss* innerhalb des politischen Systems den Rechtsruck der Gesellschaft immer weiter verstärkt. Alle demokratischen Parteien greifen Inhalte der AfD auf und setzen sie um - siehe etwa das Verbot geschlechtergerechter Sprache in Hessen, Sachsen und Bayern.

Zwar können klare Verabredungen unter den übrigen Parteien verhindern, dass die AfD in Regierungspositionen kommt. Doch wie belastbar sind diese Brandmauern noch? Käme die AfD an die Macht, so könnte sie ihre autokratischen Strukturen durchsetzen. Jurist*innen wie Nora Markard (Zündholz, 2024) oder das Thüringen-Projekt des Verfassungsblogs (Verfassungsblog, 2024) mahnen an, diese Szenarien zu antizipieren, um gewappnet zu sein. Schon auf Länderebene wäre eine Regierungsbeteiligung der AfD ein Erdbeben. Daraus würden sich nicht nur langfristige Einflussmöglichkeiten ergeben, sondern auch Plätze im Bundesrat. Auf Bundesebene aber wäre eine Regierungsbeteiligung ein Tsunami. Denn eine AfD in der Bundesregierung würde der Partei wirkmächtige Einflussmöglichkeiten auf die Legislative und Exekutive der Bundesrepublik Deutschland und deren Zukunft geben.

Sobald AfD-Politiker*innen im Kabinett säßen, böte sich über Minister*innenposten die Möglichkeit von Eingriffen in Personalien und Entscheidungen von Ministerien, aber auch auf andere Institutionen sowie auch Gesetzgebungen. Entsprechend könnte die AfD diese Herrschaftsinstrumentarien missbrauchen, das Wahlrecht zu ändern, Kontrolle über Medien auszuüben, die Justiz den eigenen Bedürfnissen entsprechend umzugestalten oder der Freiheit von Kunst oder Wissenschaft einen Riegel vorzuschieben und die Bildungspolitik in ihre Richtung zu lenken (Verfassungsblock, 2024; Zündholz, 2024).

Bestellte die AfD etwa das Innenministerium, dem der Verfassungsschutz unterstellt ist, hätte sie Einfluss darauf, ob einzelne Orts- oder Landesverbände oder auch Strömungen in der AfD sowie deren Verbündete wie Pegida oder Kubitscheks rechtsextreme Denkfabrik "Institut für Staatspolitik" (iFS) unter Rechtsextremismusverdacht gestellt und entsprechend ausgebremst werden können. Mehr noch: Die AfD könnte den Verfassungsschutz in Richtung jedweder Opposition gegen die AfD in Stellung bringen. Zudem böte eine Regierungsbeteiligung der AfD dieser die Möglichkeit, gesellschaftspolitisch wichtige Positionen in einschlägigen Institutionen zu besetzen. Ein Beispiel dafür sind Rundfunkräte. In diesen wirken Regierungen direkt mit und sie bestimmen zudem, welche gesellschaftlichen Gruppen in diesen vertreten sind. Hier kann sehr schnell kritische Berichterstattung über die AfD eingedämmt werden, und umgekehrt ist eine staatliche Kontrolle der Medien unter AfD-Regierungsbeteiligung genau das, was Populismus sich nur wünschen kann.

Eine Regierungsbeteiligung böte der AfD zudem Raum, Beamtenstellen etwa in der Polizei, im Bildungswesen, in Anti-Diskriminierungs- oder der Ausländerbehörden sowie in der Justiz parteipolitisch koloriert zu besetzen. Gerichte und die Ernennung von Staatsanwält*innen oder Verfassungsrichter*innen sind ein höchst wunder Punkt. Hier kann die parlamentarische Demokratie nachhaltig beschädigt werden. Bisherige demokratische Gepflogenheiten sind davon geleitet, dass die jeweils aktuelle Regierung mit Augenmaß und im größtmöglichen Konsens neue Stellen besetzt. Das aber kann leicht unterwandert werden. Die Verfassungsrechtlerin Nora Markard betont, wie erst mal harmlos klingende Veränderungen dazu beitragen könnten.

Es könnten einfach neue Gremien dazu erfunden werden, etwa ein dritter Senat des Bundesverfassungsgerichtes. Bei der polnischen PiS ("*Prawo i Sprawiedliwość*" / "*Partei für Recht und Gerechtigkeit*"), auch das wäre ein Modell, wurde die Altersgrenze für Richter gesenkt. Ältere Richter verloren dadurch die Stellung, wodurch überproportional viele Stellen zur Neubesetzung frei wurden. Durch solche Manöver könnte sich die AfD also eine überdimensionierte Präsenz in juristischen Institutionen oder Strukturen verschaffen – und somit auch jene Instanzen kontrollieren, die etwa Gesetzgebungen kontrollieren. Wenn aber an diesen so wegweisenden Punkten Personen sitzen, die Rechtsextremismus keinen Einhalt gebieten wollen, dann kann er sich institutionell breit machen. Umgekehrt würde eine AfD-nahe Justiz Widerstand gegen sich behindern oder verbieten. Vor diesem Hintergrund bedürfe es, so Nora Markard, eines "Verfassungsethos" bisheriger Richter*innen (Zündholz, 2024). Die Verteidigung des Grundgesetzes müsse als unverzichtbare Grundregelung gelten und nicht als politische Einmischung. Dazu gehört auch, sich rhetorisch zu wappnen.

IX AfD ALS RECHTSEXTREME PARTEI

1. Die AfD ist nicht rechts, sondern rechtsextrem; sie kann noch demokratisch gewählt werden, deswegen ist sie aber noch lange nicht demokratisch.

Die AfD inszeniert sich als rechte Partei, die konservative Werte vertritt. Um sich diesen Spot zu sichern, behauptet sie, dass alle anderen Parteien, einschließlich der rechten Partei CDU/CSU, links seien. Das aber ist falsch. Denn die CDU/CSU hat sich, inmitten des Rechtsrucks der Mitte der Gesellschaft und aller Parteien, nach rechts statt nach links bewegt. Und die AfD ist eben weder rechts noch konservativ. Zwar behauptet die AfD, konkret Maximilian Krah, dass *„politische Rechte [...] die Bedingungen des Zusammenlebens“ nicht „permanent neu aushandeln“* (Krah, 2023, 93) wollen. Das aber heißt nicht, dass die AfD den Status Quo bewahren will. Vielmehr vertritt sie ein Welt- und Menschenbild, das sich direkt aus dem völkischen Rassismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert speist und sich explizit an den Nationalsozialismus andockt. Das macht die AfD zu einer rechtsextremen Partei. Entsprechend ist die bundesweite AfD vom Bundesamt für Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft worden. Einzelne Ortsgruppen oder auch die Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen wurden sogar mittlerweile vom Bundesamt für Verfassungsschutz als *„gesichert rechtsextrem“* (Statista, 2024b) eingestuft. So, wie die NSDAP keine demokratische Partei, nur weil sie 1933 demokratisch gewählt wurde, ist die AfD keine demokratische Partei, nur weil sie wählbar ist.



Viele AfD-Politiker*innen haben schon lange vor ihrer AfD-Karriere rechtsextreme Biografien. Kontakte zu aktuellen oder früheren Mitgliedern der NPD sind nachgewiesen (Tagesspiegel, 2023). Die AfD-Bundestagsfraktion beschäftigt über 100 Mitarbeitende aus dem rechtsextremen Milieu, darunter auch Personen aus dem Umfeld von Reichsbürgern und Neonazis (Tagesschau, 2024a). Spitzenpolitiker wie Maximilian Krah und Björn Höcke ignorieren deutsche Kriegsverbrechen und nutzen gezielt nationalsozialistische Sprache und Symbole. So wurden beispielsweise Ende Mai 2024 kurz vor der Europawahl die AfD-Abgeordneten von der Rechtsaußen-Fraktion ID im Europaparlament ausgeschlossen, weil der AfD-Spitzenkandidat Krah die SS verharmloste (Deutschlandfunk, 2024).

Kurz zuvor wurde Björn Höcke wegen der Verwendung einer verbotenen NS-Parole zu einer Geldstrafe verurteilt (Spiegel, 2024). Die demokratischen Parteien scheuen bislang noch ein Verbotsverfahren, da die Hürden dafür sehr hoch liegen und der Schaden durch ein gescheitertes Verbotsverfahren gravierender ausfallen könnte. Um dies alles zu kaschieren, inszeniert sich die AfD als "nur rechts". Doch, wer die AfD wählt, wählt also nicht einfach nur "rechts" oder "konservativ". Wer die AfD wählt, spricht sich für einen Polizeistaat aus, der auf Rassismus und Sexismus setzt, neoliberal auf soziale benachteiligte Gruppen pfeift und Andersdenkende verfolgen wird. Das ist als rechtsextrem oder faschistisch zu bewerten. Auch "populistische Partei" verschleiert diesen Wesenskern. Die AfD ist keine populistische Partei, sondern eine rechtsextreme bzw. faschistische Partei, die sich Populismus als rhetorische Strategie bedient. Und die Mehrheit der Wähler*innen und Sympathisant*innen hat überhaupt kein Problem damit (Tagesschau, 2024c).

2. Die AfD will die Demokratie abschaffen und einen autokratischen Staat errichten

Eine Gesellschaft wird von einer Vielzahl von Gemeinschaften gebildet, die zur Heterogenität der Gesellschaft beitragen. Das führt zu produktiven Synergien und bereichernder Diversität, aber auch zu Interessenskonflikten. Diese können so groß sein, dass sie auch Konfliktpotenzial in sich bergen. Der demokratische Verfassungsstaat hat Mittel und Formen gefunden, um in der demokratischen Aushandlungsarena Kompromisse zu suchen und zu finden. Auch die Idee der Gemeinschaft setzt, freiheitlich gedacht, auf Aushandlungsprozesse.

Autokratische und diktatorische Systeme aber handhaben das anders. Sie verfolgen das Ziel, eine Gemeinschaft zu bilden, die identisch mit der Gesellschaft ist. Das funktioniert nur über Gleichschaltung und darüber, alle Andersdenkenden auszugrenzen oder auszuschalten. Eine solche gewaltsam erzeugte Gemeinschaft nannten die Nationalsozialisten "Volksgemeinschaft". Das ist die logische Konsequenz des Ziels, eine Gemeinschaft zu kreieren, die von einem starken Staat befehligt wird. Genau das ist es, was die Staatsideologie der AfD ausmacht. Und genau deswegen ist auch seine Nähe zu China und Russland keineswegs zufällig. Sie hängt mit ihren Staats- und Gesellschaftsvorstellungen zusammen. Deswegen grenzen diese nicht nur jene aus dem Staatsvolk aus, die nicht in sein "Deutschland, aber normal" passen – sondern eben auch alle, die seine Staatsvorstellungen nicht teilen: Er nennt sie zum Beispiel „Liberale“, „Feministen“, „Fremde“ oder „absurde Minigruppen“. Ihr erklärtes Ziel ist es, einen autokratischen Polizeistaat zu errichten, der alle [BIJPoC](#) sowie politische Feinde des Regimes systematisch verfolgt und benachteiligt. Dafür nötige Gesetzesänderungen sind im Moment einer Regierungsbeteiligung für den Rechtsextremismus greifbar.



Seit 1945 war die Demokratie in Deutschland nie so bedroht wie jetzt durch die AfD. Sie ist zwar demokratisch wählbar, nicht aber Teil der Demokratie. Ganz im Gegenteil versucht die AfD nicht, demokratische Prozesse zu gestalten. Sie versucht, sie schlecht zu machen, um sie zu zerstören. Sie behauptet schlicht: Da die Demokratie nicht jedes persönliche Interesse vertrete, belege dies, dass es keine Demokratie gäbe.

Den Interessen jeder einzelnen Person vollumfänglich Rechnung zu tragen, das vermag Demokratie tatsächlich nicht. Im Unterschied zu einer Diktatur aber, die von einer Gleichschaltung der Gesellschaft und Uniformierung aller Menschen entlang staatlich vorgegebener Normalität lebt, strebt die Demokratie danach, die vielfältigen Interessen aller Mitglieder einer Gesellschaft bestmöglich zusammenzuführen. Dazu trägt bei, dass verschiedene politische Parteien unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Entlang von regelmäßigen Wahlen werden so Regierungsbündnisse und Koalitionsverträge erarbeitet. Diese müssen auf Kompromisse setzen. Dadurch läuft Demokratie darauf hinaus, dass manche Interessen stärker vertreten werden als andere. Das aber geschieht auf Basis des Grundgesetzes, das Freiheiten und Rechte aller sicherstellt. Insofern Mehrheitsverhältnisse in einer Demokratie nicht statisch sind, bleibt dies ein dynamisches Miteinander. Deswegen setzen Demokrat*innen darauf, einander respektvoll zu begegnen.

Wer je einer Bundestagsdebatte zuschaute, weiß, dass dies weder einfach noch selbstverständlicher Usus ist. Politiker*innen aller Parteien schauen bei ihnen unliebsamen Reden gern mal aufs Handy oder schwatzen demonstrativ desinteressiert mit Kolleg*innen. Hinzukommen Zwischenrufe, die sich nicht immer auf dem angemessenen Niveau bewegen. In der aktuellen Legislaturperiode werden Selbstverständnisse einer Koalition bis an die Grenze des Machbaren ausgereizt. Grüne Positionen und die der FDP sind maximal inkompatibel. Dass die FDP aus der Regierung heraus ihre Koalitionspartner attackiert, unterhöhlt demokratische Mindestanforderungen.

All dies weiß die AfD zu nutzen und zu eskalieren. Das schließt ein, dass die AfD alle demokratischen Parteien zu ihrem Feindbild erklärt. Eine politische Strategie der AfD ist es, Hass und Wut auf Politiker*innen und demokratische Parteien zu schüren und hochzuheizen. Manchmal werden einfach nur Namen von demokratischen Politiker*innen in den Raum gegrölt und der Saal reagiert mit einem Buh-Gegröhle. Ziel der AfD-Hetze scheint es, Unsicherheit und Chaos zu schüren, um sich politische Räume zu erkämpfen. Angriffe auf die CDU/CSU zielen offensichtlich darauf ab, ihr die rechte Mitte streitig zu machen, um diese selbst besetzen zu können. Andere Parteien wie SPD, Grüne oder Die Linke werden als anti-deutsch diffamiert. Das korreliert damit, dass die autokratische Staatsidee der AfD den Vielparteienstaat, also die parlamentarische Demokratie, überwinden und durch faschistische Strukturen ersetzen will.



X ABER DIE VERGANGENHEIT WIRD SICH DOCH NIEMALS WIEDERHOLEN, ODER?

Vergangene und gegenwärtige rechtsextreme Politik setzte von Anfang an auf Populismus als Manipulation und entsprechende Emotionalisierung (Angst und Hass) sowie Lügen und Vereinfachungen. Rechtsextreme Denkfabriken und Politiker verherrlichen Krieg, Gewalt und militärischen Terror als notwendige Mittel eines Umsturzes, aus dem jedoch ein autokratisches System hervorgehen wird, dass die Gesellschaft gleichschalten will und in dem nur noch eine Elite von führenden Personen über die Ressourcen verfügen wird, relativ selbst entschieden und frei zu leben.

Entmenschlichung ist nicht nur eine Realität der Vergangenheit – sie kann sich jederzeit erneut zuspitzen und es gilt fortwährend: Wehret den Anfängen. Eine vielfältige Demokratie ist anstrengend, aber sie lohnt sich – für alle. Deutschland profitiert von anderen Teilen der Welt und eine Abschottung ist nicht nur aus moralischer Sicht mit Blick auf eine globale Verantwortung verwerflich, sie ist schlichtweg unmöglich, weil es eben jene koloniale Vergangenheit gibt, die paradoxerweise ihr eigenes Gespenst erzeugt hat, indem alles miteinander in Verbindung gebracht wurde. Wer sich angesichts dieser Realitäten wünscht, dass die Grenzen wieder dicht gemacht werden, oder sogar wünscht, wieder zu der scheinbaren Größe der Kolonialzeit zurückzufinden und aus diesem Grund Parteien stärkt, die eine rechtsextreme Politik vertreten, muss sich nicht nur fragen, welches Leid für andere Menschen damit einherging, -geht und -gehen wird, sondern auch, was das für ihn oder sie selbst bedeuten könnte.

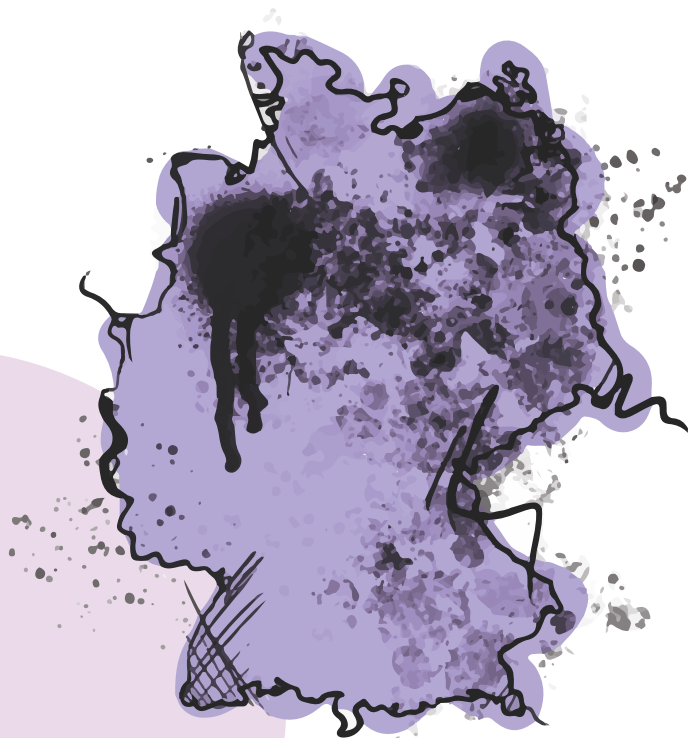
Auch weiße Deutsche, die sich bislang nicht von den Zukunftsszenarien der AfD bedroht fühlen, sollten noch einmal genauer hinschauen. Völkische Homogenisierungsbestrebungen richten sich auch immer gegen Mitglieder der eigenen Gruppe, wenn sie aus politischen und weltanschaulichen Gründen als Feind*innen identifiziert werden – Politiker*innen, Aktivist*innen und andere Menschen, die sich öffentlich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren und aussprechen, werden seit Jahren immer offensiver mit Hass und Hetze bedroht und zunehmend auch Opfer von Gewalttaten. In diesem Zusammenhang sei auf das bekannte Zitat des evangelischen Pfarrers Martin Niemöller (1892–1984) verwiesen, das uns daran erinnern muss, dass ein *“Nie wieder!”* in diesen Tagen von eklatanter politischer und gesellschaftlicher Relevanz ist: *„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Gewerkschaftler*innen holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschaftler*innen. Als sie die Juden_Jüdinnen holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“* (United States Holocaust Memorial Museum, 2023).

Aktuell stehen wir in einem historisch gebauten Minenfeld, das gerade alles zu wiederholen scheint. Eine Umfrage der EU ergab, dass Deutschland derzeit das rassistischste Land der EU ist. Dass Antisemitismus in Deutschland rigoros verfolgt wird, ist Teil einer konsequenten Verantwortungsübernahme für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Nie wieder heißt aber auch, jedem anderen Rassismus keinen Raum zu geben. Tatsächlich aber passiert aktuell das Gegenteil. Antisemitismus greift Raum. Die Mehrheit der weißen Bevölkerung toleriert antimuslimischen Rassismus nicht nur, sie vertritt ihn sogar offensiv und laut. Auch Rassismus gegen Schwarze und Antiziganismus greifen aus der Tiefe der Geschichte heraus Raum. Wer dagegen protestiert, wird vielerorts diffamiert.

Statt den Schutz des juristisch verbürgten Dritten Geschlechtes ernst zu nehmen, verfügten die Landesregierungen in Sachsen, Hessen und Bayern das Verbot geschlechtergerechter Sprache. An Schulen und in anderen Bildungseinrichtungen werden jene, deren Muttersprache nicht deutsch ist, systematisch behindert und ausgegrenzt. Weiterführende Schulen kommen ihrer Aufgabe, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen differenziert einzubinden, nicht nach. Während Menschen mit Hijab offenen Anfeindungen ausgesetzt sind, wird forciert, christliche Kreuze in Schulen aufzuhängen. Die Mitte der Gesellschaft muss sich entscheiden. Will sie der AfD nach rechts folgen; oder auf Brandmauern setzen? Die Zukunft der AfD entscheidet sich in der *“Mitte der Gesellschaft“*.

Die nächsten Wahlen werden nicht erst an den Wahlurnen entschieden werden. Sie werden überall dort entschieden, wo der AfD widersprochen wird. Ob die AfD die Zukunft dieses Landes nachhaltig zu bestimmen vermag, wird nicht nur von denen abhängen, welche die AfD wählen, sondern auch von denen, die dies nicht tun. Und von denen, die diese fehlenden Wahlstimmen erkämpfen.

Deswegen ist dies ein Appell an alle, die sich in ihrer Komfortzone einmauern und von dort aus mit dem Zeigefinger auf die AfD zeigen, um dann nichts weiter unternehmen zu müssen. *“Wehret den Anfängen“* geht nicht aus dem Schaukelstuhl heraus. Und Zukunft geschieht nicht. Zukunft wird gestaltet. Was sein wird, ergibt sich aus dem, was wir aus der Vergangenheit machen, um die Gegenwart zu gestalten. Nichts geschieht. Alles wird gemacht. Das ist ein beruhigender Gedanke. Wer nichts macht, überlässt zwar anderen die Zukunft. Aber wer sie gestalten will, der wird mehr als ein Wörtchen dabei mitreden, wo die AfD im Herbst 2024 und in allen Wahlen danach liegen wird. Wir sind viele. Zusammen können wir Brandmauern bauen und Gräben ausheben, um den braunen Sumpf auszutrocknen.



XI Literatur

- Abdul-Rahman, L. (2023). Die Quadratur des Kreises. Zur Verwissenschaftlichung des Phänomens "Clan Kriminalität". 111 In: Chahrouh, M. A.; Sauer, L.; Schmid, L., Schulz, J. & Winkler, M. (Hrsg.). Generalverdacht. Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird. Hamburg: Edition Nautilus, S. 114–126.
- AfD (2023). Alternative für Deutschland: Europa neu denken! Europawahl Programm 2024, Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 10. Europäischen Parlament. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/11/2023-11-16_-AfD-Europawahlprogramm-2024_-web.pdf (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- AfD (2021). Deutschland: Aber Normal, Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. <https://www.afd.de/wahlprogramm/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- AfD (2020a). Bauen, Wohnen & Mieten. <https://www.afd.de/wahlprogramm-bauen-wohnen-mieten/> (letzte Überprüfung: 29.07.2024).
- AfD (2020b). Rente & Soziales. Das Rentenkonzept der AfD. <https://www.afd.de/wahlprogramm-rente-soziales/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- AfD (2017). Familie | Bevölkerung. <https://www.afd.de/familie-bevoelkerung/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024)
- AfD (2016a). Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- AfD (2016b). Grundsätze für Deutschland. Programm der Alternative für Deutschland. Kurzfassung. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/02/2016-06-20_afd-kurzfassung_grundsatzprogramm_webversion_k.pdf (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- AfD (o.J.). Wir stehen an deiner Seite. Unser Land zuerst. <https://www.afd.de/unser-land-zuerst/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (2006). In: Bundesministerium der Justiz, Dezember 2022. <https://www.gesetze-im-internet.de/agg/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Amt für Verfassungsschutz (2022). Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2022. https://verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/VS_B_2022_Pressefassung.pdf (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Arndt, S. (2021). Rassismus Begreifen. Vom Trümmerhaufen der Geschichte zu neuen Wegen. München: C.H. Beck.
- Bambeck, M. et al. (1982). Heidelberger-Manifest. In: German History in Documents and Images, 20.07.2024. <https://germanhistorydocs.org/de/zwei-deutsche-staaten-1961-1989/ghdi:document-857> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2019). Von individuellen und institutionellen Hürden. Der lange Weg zur Arbeitsmarktintegration Geflüchteter. In: European Website on Integration, 18.06.2019. <https://migrant-integration.ec.europa.eu/library-document/von-individuellen-und-institutionellen-huerden-der-lange-weg-zur-de> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Becker, R. (Hg.) (2017). Lehrbuch Bildungssoziologie, Wiesbaden: Springer VS.
- Biess, F. (2019). Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Bieß, C. & Pawelek, M. (2020). Schaden Deepfakes (wirklich) der Demokratie? Warum die Debatte um Deepfakes in der Politik oft zu kurz greift. In: Eberhard Karls Universität Tübingen, 12.11.2020. <https://uni-tuebingen.de/forschung/zentren-und-institute/internationales-zentrum-fuer-ethik-in-den-wissenschaften/publikationen/bedenkenzeiten-bibliothek/weitere-blog-artikel/schaden-deepfakes-wirklich-der-demokratie/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- BIBB (2024). Pressemitteilung BIBB-Präsident Esser: „2,9 Millionen junge Menschen ohne Berufsabschluss können wir uns nicht leisten“. In: BIBB, 15/2024, 08.05.2024. https://www.bibb.de/de/pressemitteilung_189134.php (letzte Überprüfung: 26.07.2024)
- Birkel, C. (2014). Gefährdungen durch Kriminalität in „offiziellen“ Zahlen und subjektivem Erleben der Menschen. Polizeiliche Kriminalstatistik und Dunkelfeldbefragungen. In: Röllgen, J. (Hrsg.). „Wie die Statistik belegt...“. Zur Messbarkeit von Kriminalitätsfurcht und (Un-)Sicherheit, Neuberg; Universität der Bundeswehr, S. 23–43.
- Bitner, T. (2024). Erbärmlich, krank und korrupt - sind immer die anderen. In: rbb 24, 22.02.2024. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/02/brandenburg-landtag-afd-debatte-demokratie.html> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bogerts, B. & Möller-Leimkühler, A.-M. (2013). Neurobiologische Ursachen und psychosoziale Bedingungen individueller Gewalt. In: Der Nervenarzt, 11, S. 1329–1344.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2024). Asylgeschäftsstatistik Gesamtjahr und Dezember 2023. In: BAMF, 08.01.2024. <https://www.bamf.de/SharedDocs/Meldungen/DE/2024/240108-asylgeschaeftsstatistik-dezember-und-gesamtjahr-2023.html?nn=284830> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bundeskriminalamt (2024). Polizeiliche Kriminalstatistik 2023. https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2023/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2023/Polizeiliche_Kriminalstatistik_2023.html (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bundeskriminalamt (2023a). Kriminalität im Kontext von Zuwanderung. Fokus: Fluchtmigration. Bundeslagebild 2022. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung_2022.html?nn=62336 (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bundeskriminalamt (2023b). Bundeslagebild Organisierte Kriminalität 2022. <https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/OrganisierteKriminalitaet/organisierteKriminalitaetBundeslagebild2022.html?nn=27988> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bundesministerium des Innern und für Heimat (2024). Verfassungsschutzbericht 2023. [https://www publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/verfassungsschutzbericht-2023-2292778#:~:text=Inneres%20und%20Heimat%20\(BMI\)%20Verfassungsschutzbericht%202023&text=Für%20das%20Jahr%202023%20wurden,\(2022%3A%202.847\)%20Gewalttaten.](https://www publikationen-bundesregierung.de/pp-de/publikationssuche/verfassungsschutzbericht-2023-2292778#:~:text=Inneres%20und%20Heimat%20(BMI)%20Verfassungsschutzbericht%202023&text=Für%20das%20Jahr%202023%20wurden,(2022%3A%202.847)%20Gewalttaten.) (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2023). Verdienstunterschiede von Frauen und Männern (unbereinigter Gender Pay Gap) nach Ländern. In: BMFSFJ, 03.08.2023. <https://www.daten.bmfsfj.de/daten/daten/verdienstunterschiede-von-frauen-und-maennern-unbereinigter-gender-pay-gap-nach-laendern-132012> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. (2024). Öffentliche Entwicklungsleistungen. In: BMZ, 12.04.2024. <https://www.bmz.de/de/ministerium/zahlen-fakten/oda-zahlen> (letzte Überprüfung: 26.07.2024)
- Bundeszentrale für politische Bildung. (2023). Asylbedingte Kosten und Ausgaben. In: BpB, 22.07.2024. <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/zahlen-zu-asyl/265776/asylbedingte-kosten-und-ausgaben/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020a). 70 Jahre Europäische Menschenrechtskonvention. In: BpB, 30.10.2020. <https://www.bpb.de/kurzknapp/hintergrund-aktuell/214819/70-jahre-europaeische-menschenrechtskonvention-30-10-2020/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bundeszentrale für politische Bildung (2020b). Armutgefährdungsquoten von Migranten. In: BpB, 28.11.2020. <https://www.bpb.de/kurzknapp/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61788/armutsgefaehrungsquoten-von-migranten/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Bundeszentrale für politische Bildung (o.J.). Ethnie, ethnische Gruppe. In: BpB, o.J. <https://www.bpb.de/themen/kriege-konflikte/dossier-kriegekonflikte/504249/ethnie-ethnische-gruppe/> (letzte Überprüfung: 22.06.2024).
- Coffey, J. & Laumann, V. (2021). Gojnormativität. Warum wir anders über Antisemitismus sprechen müssen. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Cornel, H. (2018). Der Erziehungsgedanke im Jugendstrafrecht. Historische Entwicklungen. In: Dollinger, B. & Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.). Handbuch Jugendkriminalität. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: Springer, S. 533–558.
- Cyba, E. (2010). Patriarchat. Wandel und Aktualität. In: Becker, R. & Kortendiek, B. (Hrsg.). Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: Springer, S. 17–22.
- Deutscher Bundestag (2022). Fragen zum Begriff des deutschen Volkes (WD 3 - 3000 - 145/22, WD 1 - 3000 - 038/22). In: Deutscher Bundestag. Wissenschaftliche Dienste: Sachstand, 2022. <https://www.bundestag.de/resource/blob/936992/4651880d5b3e487f0b8c906ad3fe9b9a/WD-3-145-22-WD-1-038-22-pdf.pdf> (letzte Überprüfung: 22.06.2024).
- Deutschlandfunk (2024). EU-Parlament. AfD bestätigt weiteren Ausschluss aus ID-Fraktion – trotz Entscheidung zu Krah. In: Deutschlandfunk, 13.06.2024. <https://www.deutschlandfunk.de/afd-bestaetigt-weiteren-ausschluss-aus-id-fraktion-trotz-entscheidung-zu-krah.html> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Die Bundeswahlleiterin (2024). Bundestagswahl 2021. <https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Dollinger, B. & Schmidt-Semisch, H. (2018). Sozialpädagogik und Kriminologie im Dialog. Einführende Perspektiven zum Ereignis „Jugendkriminalität“. In: Dollinger, B. & Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.). Handbuch Jugendkriminalität. Interdisziplinäre Perspektiven. Wiesbaden: Springer, S. 03–16.
- Dullien, S.; Gerards Iglesias; Hüther, M. & Rietzler, K. (2024). Herausforderungen für die Schuldenbremse: Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation. In: IW-Policy Paper, 2.

- Eckert, J. (2020). Gesellschaft der Angst? Kommunikationskultur der Angst. In: Martin, Susanne, M. & Linpinsel, T. (Hrsg.). Angst in Kultur und Politik der Gegenwart. Beiträge zu einer Gesellschaftswissenschaft der Angst. Wiesbaden: Springer VS, S. 159-177.
- Eckert, S. & Gensing, P. (2019). Lautstarke Minderheit. Analyse von Hass-Kommentaren. In: Tagesschau, 08.05.2019. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/hasskommentare-analyse-101.html> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- EFBI (2023). Autoritäre Dynamiken und die Unzufriedenheit mit der Demokratie. In: EFBI Policy Paper, 2023-2. <https://efbi.de/details/efbi-policy-paper-2023-2-autoritaere-dynamiken-und-die-unzufriedenheit-mit-der-demokratie.html> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Frank, A. & Scholz, A. F. (2022). Islamistische Radikalisierung im Kontext von Jugendbiografien und Familie. In: Milbradt, B.; Frank, A.; Greuel, F. & Herding, M. (Hrsg.). Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 104-119.
- Fratzschner, M. (2023). Das AFD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD wären ihre eigenen Wähler*innen. In: DIW Berlin, 2023. https://www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox_die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Funke, M.; Trebusch, C. & Schularick, M. (2024). Die wirtschaftlichen Folgen von Populismus. In: Kiel Focus, 4/2024.
- Geis-Thöne, W. (2022). Die Bedeutung der Zuwanderung für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands. In: IW-Analyse, 151.
- Geisen, T. & Riegel, C. (2007) (Hrsg.). Jugend, Partizipation und Migration. Orientierungen im Kontext von Integration und Ausgrenzung. Wiesbaden: Springer.
- Hartmann, E. (2008). Banlieue-Krise und die émeutes urbaines. Soziologische Perspektiven auf einen gesellschaftlichen Konflikt Banlieue Crisis and the Urban Riots. In: Berliner Journal für Soziologie, 18, S. 503-517.
- Helfritsch, Paul (2022). Politisierte Gefühle. Versuche über Ekel, Angst, Hass, Mordlust, Trotz und Demokratie. Frankfurt am Main: Westend academics.
- Hellwagner, T.; Söhnlein, D.; Wanger, S. & Weber, E. (2022) Wie sich eine demografisch bedingte Schrumpfung des Arbeitsmarkts noch abwenden lässt. In: IAB-Forum, 21.11.2022.
- Hestermann, T. (2019). Berichterstattung über Gewaltkriminalität. Wie häufig nennen Medien die Herkunft von Tatverdächtigen? Eine Expertise für den Mediendienst Integration. In: Mediendienst Integration, 2019. https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Expertise_Hestermann_Herkunft_von_Tatverdachtigen_in_den_Medien.pdf (letzte Überprüfung: 30.07.2024).
- Hillje, J. (2024). Social Media: Die digitale Dominanz der AfD brechen!. In: Blätter, Februar 2024. <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/februar/social-media-die-digitale-dominanz-der-afd-brechen> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Jerusalem, M. & Hopf, D. (2002) (Hrsg.). Selbstwirksamkeit und Motivationsprozesse in Bildungsinstitutionen. Weinheim: Beltz.
- Kalkstein, F.; Pickel, G.; Niendorf, J.; Höcker, C. & Decker, O. (2022). Antifeminismus und Geschlechterdemokratie. In: Decker, O.; Kiess, J.; Heller, A. & Brähler, E. (Hrsg.). Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Gießen: Psychosozial Verlag, S. 245-270.
- Kohpeiß, Henrike. Bürgerliche Kälte: Affekt und koloniale Subjektivität. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2023.
- Kilb, R. (2012). Konfliktmanagement und Gewaltprävention. Wiesbaden: Springer.
- Krah, M. (2023). Ein Manifest. Politik von rechts. Steigra: Antaios.
- Krieg, Y.; Rook, L.; Beckmann, L. & Kliem, S. (2020). Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2019. Zusammenfassung. In: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen, Forschungsbericht 154/2020.
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2024). Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2023. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2023.pdf (letzte Überprüfung: 29.07.2024).
- Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (2023). Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022. https://www.verfassungsschutz.sachsen.de/download/Saechsischer_Verfassungsschutzbericht_2022.pdf (letzte Überprüfung: 29.07.2024).
- Lang, J. (2017). Feindbild Feminismus. Familien- und Geschlechterpolitik in der AfD. In: Grigat, S. (Hrsg.). AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Baden-Baden: Nomos, S. 61-78.
- Lauer, S. (2023): 10 Jahre Antisemitismus. In: Bellt Tower News, 26.01.2023. <https://www.belltower.news/10-jahre-afd-10-jahre-antisemitismus-145635/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Lesben- und Schwulenverband (ca. 2021). Die Homophobie der AfD - Eine unberechenbare Alternative. <https://www.lsvd.de/de/ct/426-Die-Homophobie-der-AfD-eine-unberechenbare-Alternative> (letzte Überprüfung: 26.06.2024).
- Lösel, F. (2012). Entwicklungsbezogene Prävention von Gewalt und Kriminalität. In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie, 2, S. 71-84.
- Mediendienst Integration (2024). Zahl der Flüchtlinge. <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html> (letzte Überprüfung: 29.07.2024).
- Milbradt, B.; Frank, A.; Greuel, F., Herding, M. (2022). Radikalisierung und Radikalisierungsprävention im Jugendalter. Phänomene, Begriffe, Theorien und Leerstellen. In: Milbradt, B.; Frank, A.; Greuel, F. & Herding, M. (Hrsg.). Handbuch Radikalisierung im Jugendalter. Phänomene, Herausforderungen, Prävention. Opladen: Verlag Barbara Budrich, S. 13-29.
- Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (2024). Rechtsextremistische Parteien. In: Landesportal Sachsen-Anhalt, 2024. <https://mi.sachsen-anhalt.de/verfassungsschutz/themenfelder/rechtsextremismus/rechtsextremistische-parteien> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Mitzkat, N. (2021). Vom verordneten Antifaschismus zur AfD? In: Deutschlandfunk Kultur, 08.09.2021. <https://www.deutschlandfunkkultur.de/rechtsextremismus-in-ostdeutschland-vom-verordneten-100.html> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Nonnenmann, J. & Thorwarth, K. (2019). Die Generaldebatte im Bundestag. In: FR, 04.01.2019. <https://www.fr.de/politik/generaldebatte-bundestag-10966003.html> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Oberwittler, D. (2023). Ursachen von Kriminalität. In: Völlm, B. & Schiffer, B. (Hrsg.). Forensische Psychiatrie. Rechtliche, klinische und ethische Aspekte. Berlin: Springer, S. 14-24.
- OECD 2023. Bildung auf einen Blick 2023 OECD-Indikatoren. Bielefeld: wbv
- Rabe, G. (2023). The Making of "Clan"-Kriminalisierung. Die systematische rassistische Verfolgung staatenloser Libanes*innen in Deutschland nach 1993. In: Chahrour, M. A.; Sauer, L.; Schmid, L., Schulz, J. & Winkler, M. (Hrsg.). Generalverdacht. Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird. Hamburg: Edition Nautilus, S. 50-59.
- Ricardo, D. (2006). Über die Grundsätze der politischen Ökonomie und der Besteuerung. München: FinanzBuch.
- Rumpf, M.; Gerhard, U. & Jansen, M. M. (2003) (Hrsg.). Facetten islamischer Welten. Geschlechterordnungen, Frauen- und Menschenrechte in der Diskussion. Bielefeld: transcript.
- Sachsen-Fernsehen (2023). Alexander Wiesner zum GenderPayGap. In: Sachsen-Fernsehen, 22.03.2023. <https://www.sachsenfernsehen.de/marco-boehme-und-alexander-wiesner-zum-genderpaygap-1284430/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Salzborn, S. (2023). Der vergessene Terrorismus. Über die Dethematisierung des rechten Terrors in der Bundesrepublik. In: Vukadinović, V. S. (Hrsg.). Rassismus. Von der frühen Bundesrepublik bis zur Gegenwart. Berlin: DeGruyter, S. 525-542.
- Salzborn, S. (2019). Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen. Baden-Baden: Nomos.
- Sarrazin, T. (2010). Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: DVA.

- Schellh h, J.; Reichertz, J.; Heins, V. M. & Flender, A. (Hrsg.) (2018). Groerzhlungen des Extremen. Neue Rechte, Populismus, Islamismus, War on Terror. Bielefeld: transcript.
- Sellner, M. (2023). Regime Change von rechts. Eine strategische Skizze. Steigra: Antaios.
- Sieling, C. (2014). Steuermythen. "Steuersenkungen finanzieren sich selbst". In: Steuermythen, 30.07.2014. <https://steuermythen.de/mythen/mythos-12/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Spiegel (2024). AfD-Rechtsextremist Hocke erneut für Nutzung einer SA-Parole verurteilt. In: Spiegel Politik, 01.07.2024. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-bjoern-hoecke-erneut-fuer-nutzung-einer-sa-parole-verurteilt-a-dc6c3dba-ef63-4454-8658-0c4ee9890376#> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Spieß, G. (2013). Wenn nicht mehr, wenn nicht härtere Strafen - was dann? Die Modernisierung des deutschen Sanktionensystems und die Befunde der Sanktions- und Rckfallforschung. In: Soziale Probleme, 1, S. 87–117.
- Statista (2024a). Höhe der Kosten des Bundes in Deutschland für Flüchtlinge und Asyl bis 2027. In: Statista, 26.03.2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/665598/umfrage/kosten-des-bundes-in-deutschland-durch-die-fluechtlingskrise/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Statista (2024b). Status der Landesverbände der AfD zur Prüfung durch die Behörden des Verfassungsschutzes der Länder bis 2023. In: Statista, 12.06.2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1428143/umfrage/status-der-landesverbaende-der-afd-zur-pruefung-durch-den-verfassungsschutz/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Statista (2024c). Wahlverhalten bei der Landtagswahl in Bayern am 08. Oktober 2023 von Erstwhlern. In: Statista, 02.01.2024. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1417319/umfrage/wahlverhalten-landtagswahl-in-bayern-von-erstwaehlern/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Stojanovic, A. & Tetlow, G. (2018). Understanding the economic impact of Brexit. Forecasts of the economic impacts of Brexit focus on the long-term and do not provide a guide to the immediate disruption from 'no deal'. In: Institute for Government, 17.10.2018. <https://www.instituteforgovernment.org.uk/publication/report/understanding-economic-impact-brexit> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Sundermeyer, O. (2012). Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt. München: C.H. Beck.
- Struck, Olaf. (2019). Bildungsexpansion, soziale Mobilität und die Bedeutung von frühen Lernumwelten. In: Im Dialog mit China, Schriftenreihe zur Gesellschaftspolitik in Deutschland und China, Bd. 13, 79-91
- Tagesschau (2024a). AfD im Bundestag beschäftigt mehr als 100 Rechtsextreme. In: Tagesschau Investigativ, 12.03.2024. <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/afd-bundestag-rechtsextreme-mitarbeiter-100.html> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Tagesschau (2024b). Hetze gegen Musliminnen und Muslime. In: Instagram, 17.07.2024. https://www.instagram.com/reel/C9h6rg0Im1s/?utm_source=ig_web_copy_link&igsh=MzRIODBiNWFlZA%3D%3D (letzte Überprüfung: 29.07.2024).
- Tagesschau (2024c). Wer wählte AfD - und warum? In: Tagesschau, 22.07.2024. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-06-09-EP-DE/umfrage-afd.shtml> (letzte Überprüfung: 30.07.2024).
- Tagesspiegel (2023). „NPD light“: Die AfD pflegt enge Kontakte zu Rechtsextremen und Neonazis. In: Tagesspiegel Politik, 21.07.2023. <https://www.tagesspiegel.de/politik/npd-light-die-afd-pflegt-enge-kontakte-zu-rechtsextremen-und-neonazis-10189288.html> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Tausch, A. (2024). Antisemitismus, Terrorismus und politischer Islam. Erkenntnisse aus internationalen Meinungsumfragen. Wiesbaden: Springer.
- Tuschhoff, C. (2016). Terrorgefahr in Deutschland. Bedrohungsperzeption vs. tatsächliche Erfahrung. In: Freie Universität Berlin. Aus der Forschung, 5.
- Ulrich, S. & Schwahn, S. (2021). Rechter Terror. Warum wir eine neue Sicherheitsdebatte brauchen. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Amadeu Antonio Stiftung. Schriften zur Demokratie, 61.
- United States Holocaust Memorial Museum (2023). Martin Niemöller: "Als die Nazis die Kommunisten holten,..." In: Holocaust-Enzyklopädie, 21.09.2023. <https://encyclopedia.ushmm.org/content/de/article/martin-niemoeller-first-they-came-for-the-socialists> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- UNO (1951). Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge.
- <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/fluechtlingssschutz/genfer-fluechtlingskonvention> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- UNO-Flüchtlingshilfe (2024). Flchtlingzahlen. Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen#:~:text=Die%20Zahl%20der%20weltweit%20Vertriebenen,Schweiz%20und%20der%20Niederlande%20zusammen.&text=waren%20Ende%202023%20auf%20der%20Flucht.&text=der%20Weltbev%3%B6lkerung%20sind%20Vertriebene> (letzte Überprüfung: 29.07.2024).
- Verfassungsblog (2024). Das Thüringen-Projekt. <https://verfassungsblog.de/thuringen-projekt/> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).
- Walburg, C. (2022). Kriminell oder kriminalisiert? Die Rolle der Polizei bei Verdachtsschpfung und Konstruktion der „Ausländerkriminalität“. In: Hunold, D. & Singelstein, T. (Hrsg.). Rassismus in der Polizei. Eine wissenschaftliche Bestandsaufnahme. Wiesbaden: Springer, S. 385–404.
- Walter, M. & Kubink, M. (1993). Ausländerkriminalität – Phänomen oder Phantom der (Kriminal-)Politik?, In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 5, S. 306-319.
- Weidel, A. (2019). Widerworte. Gedanken über Deutschland. Kulmbach: Plassen.
- Weiß, V. (2018). Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Winkler, M. (2023). "Clan"-Kriminalisierung als erfolgreiches reaktionäres Projekt. Analyse einer rassistischen Kampagne von Landespolitik, Polizei und Presse in Nordrhein-Westfalen. In: Chahrour, M. A.; Sauer, L.; Schmid, L., Schulz, J. & Winkler, M. (Hrsg.). Generalverdacht. Wie mit dem Mythos Clankriminalität Politik gemacht wird. Hamburg: Edition Nautilus, S. 79–95.
- Zündholz (2024). Sonderfolge "Jura not alone" (mit Prof. Dr. Nora Markard). In: Zündholz, Sonderfolge, 25.05.2024. <https://zuendholz.podigee.io/47-neue-episode> (letzte Überprüfung: 26.07.2024).